Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leipzigerstr. 14. Fernruf 1047. Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1015. Sprechzeit 12–1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | **Halle, Montag, den 14. November 1921** | **1. Jahrgang. Nr. 267**

Beginn der Abrüstungskomödie

„Sammlung der Wünsche der Brüderlichkeit" — Der amerikanische Vorschlag — Erst Beschlußfassung über die Abrüstung, dann Erörterung der Orientfragen

Die Abrüstungskonferenz wurde heute vormittag in den Continental Memorial Hall um 10.30 Uhr eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache stellt Harding fest, daß die Völker kriegsmüde geworden seien, und führt folgendes aus: Die Aufgabe der Konferenz wird darin bestehen, die Ansprüche und die Wünsche der Brüderlichkeit, die sich aus dem großen Kriege ergaben, zu sammeln. Die Welt bricht unter der Last ihrer Schulden zusammen, sie wünscht, daß diese Last von den Schultern genommen werde. Alle Mächte wünschen eine wirkliche Beschränkung der Rüstungen und fordern, daß der Krieg außerhalb des Gesetzes gestellt werde.

Nach Uebernahme des Vorsitzes gab Hughes der Zuversicht Ausdruck, daß die Zusammenarbeit der Vertreter der eingeladenen Regierungen zu einem glücklichen Ergebnis führen werde. Er wies daraufhin, daß infolge der durch den Krieg eingetretenen Verhältnisse die Kontrolle über die Rüstungen in der Hauptsache durch die alliierten Hauptmächte ausgeübt werde. In der Macht dieser Mächte stehe es deshalb, eine Weltabrüstung durchzuführen. Die Hunderte von Millionen, die zur Herstellung schrecklicher Zerstörungsmittel verwendet würden, seien gänzlich unproduktiv. Je mehr der wirtschaftliche Fortschritt der Nationen durch die Steigerung der Rüstungen gehemmt werde, um so weniger könnten die Regierungen **die ihnen** gestellten Aufgaben erfüllen. Die Krise der Weltwirtschaft sei zum großen Teil durch das gegenwärtige System übersteigerter Rüstungen und die durch die Anhäufung von Kriegsmaterial sich ergebende ständige Gefahr entstanden. Offenbar würde eine weitere Fortdauer dieser Zustände ein Unglück unvermeidlich machen, ein Unglück, dessen Abwehr die Welt ersehne, vor dessen Schrecken jeder denkende Mensch im voraus erschaudern müsse.

Für eine sofortige Beschränkung der Seerüstungen beantragte Hughes namens der amerikanischen Delegation,

daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan künftig sechsundsechzig Großkampfschiffe mit einem Gesamttonnengehalt von 1 878 043 Tonnen aus der Liste der Kriegsschiffe streichen sollen; Amerikas Anteil würde 845 740 Tonnen betragen, Großbritanniens neunzehn Schiffe (583 375 Tonnen) und Japans Anteil siebzehn Schiffe (448 928 Tonnen).

Das von Hughes aufgestellte Programm bedeutet die Anerkennung des britischen Vorrechtes, die größte Flotte zu unterhalten.

Nach Annahme des Programms würde Großbritannien 22 Großkampfschiffe (604 450 Tonnen) behalten dürfen, Amerika 18 (500 650 Tonnen) und Japan 10 (299 600 Tonnen). Das Programm bestimmt im einzelnen, daß für diese Schiffe keine Ersatzbauten innerhalb zehn Jahren vorgenommen werden dürfen. Nach Ablauf dieser zehn Jahre soll für die Flottenstärke eine Grundlage von je 500 000 Tonnen für England und die Vereinigten Staaten und von 300 000 Tonnen für Japan gelten.

Aus den Ausführungen Hughes ist weiter hervorzuheben, daß der wichtigste Punkt des Abrüstungsproblems die Beschränkung der Seerüstungen sei, denn hier könne man höchst schnell und wirksam vorgehen. Hierbei müsse vor allem beachtet werden, daß die Hauptschwierigkeit in dem Wettbewerb der verschiedenen Flottenprogramme liege, und daß man eine angemessene Beschränkung der Seerüstungen nur sichern könne, wenn man den Wettbewerb der Flottenprogramme aufgebe.

Weiter erklärte Hughes, der zweitwichtigste Punkt sei die Einführung einer Schiffsbaupause, die sofort beginnen und zehn Jahre dauern solle. Die im letzten Sommer vom amerikanischen Kongreß angenommene Resolution fordert von Amerika, Japan und Großbritannien nur eine Baupause von fünf Jahren. Hughes betonte, Amerika sei entschlossen, einen ernsten Schritt zu unternehmen. Amerika habe gegenwärtig fünfzehn Kriegsschiffe im Bau. Falls das vorgeschlagene Programm angenommen werde, sei Amerika bereit, auch diese Schiffe zu streichen.

Hughes erklärte zum Schluß, daß die **Erörterung der Fragen des Stillen Ozeans und des fernen Ostens nicht vorgenommen werden solle,** um eine Verständigung über die Rüstungsbeschränkung nicht zu erschweren oder zu verzögern.

*

Der amerikanische Abrüstungsantrag ist ein Meisterstück von Gerissenheit der amerikanischen Diplomatie. Amerika spielt damit den ehrlichen Makler mit einem Maße von Heuchelei, der die ganze bürgerliche Welt verblüfft. Der von Friedensliebe triefende „ernsthafte Wille" ist aber letzten Endes doch weiter nichts als ein ganz raffinierter Bluff, der einerseits das von der Geisel der Arbeitslosigkeit gepeinigte und durch die wachsende Kriegsgefahr beunruhigte amerikanische Proletariat über die Absichten seiner Ausbeuter täuschen soll und andererseits darauf berechnet ist, einen Keil zwischen die beiden Rivalen Amerikas, Japan und England, zu treiben. Amerika kann sich den „ernsthaften Entschluß zur allgemeinen Abrüstung" bzw. einer Bauaussetzung in der Flottenrüstung ruhig leisten und auch England das Recht der größten Flotte zugestehen. Damit wird an dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis nichts geändert. Die wirtschaftliche Herrschaftsstellung Amerikas bleibt damit unangetastet und Amerika wird dank dieser und seines riesenhaften Produktionsapparates im Ernstfalle immer in der Lage bleiben, schneller zu bauen als alle anderen. Dieser Umstand ist um so maßgebender, als gerade der Weltkrieg gelehrt hat, daß die kriegerischen Auseinandersetzungen um die weltbeherrschende Machtstellung von längerer Dauer sind, daß in diesen die kriegstechnischen Mittel die größten Umwälzungen erfahren und daß der Sieger bleibt, dessen Produktionsapparat am leistungsfähigsten ist.

Die Tatsache, daß die Fragen des Stillen Ozeans und des fernen Ostens erst erörtert werden sollen, wenn über die Flottenabrüstung eine Verständigung erzielt ist, beweist, daß die Abrüstung letzten Endes doch ein Gaukelspiel bleiben muß, das an den wirtschaftlichen Interessen scheitert. Der Hauptgegner Amerikas in diesen Fragen ist von seinen beiden Rivalen Japan. Der japanische Imperialismus hat sich im Kriege mit kleinen Kosten sehr bereichert als Kriegslieferant der Alliierten und indem er die Tatsache ausnutzte, daß England durch den Krieg verhindert war, seine Kolonien genügend mit Industrieprodukten zu beliefern. Nachdem Japan am Anfang des Krieges diplomatisch die Teilnahme Chinas am Weltkrieg verhindert hatte, entriß es Kiautschou und die Shantung-Provinz dem deutschen Imperialismus und setzte sich an seine Stelle. Es schürte die inneren Kämpfe Chinas und nützte sie aus, um sich die Position des Organisators und in Wirklichkeit des Beherrschers dieses großen Reiches zu erwerben. Die Niederlage Deutschlands, das Ausscheiden Rußlands als eines imperialistischen Faktors, der sich mit Japan zu gemeinsamen Raubzügen verbünden könnte, weisen es ganz und gar auf die Unterstützung Englands den Vereinigten Staaten Nordamerikas gegenüber an.

Die Vereinigten Staaten Nordamerikas sehen in ihrem ungeheuren wirtschaftlichen Expansionsbedürfnis in China und in Rußland (in erster Linie Sibirien) die großen Märkte, die zu erobern sind, die großen Sphären für die Anlage des amerikanischen Kapitals. Angesichts der Monopolstellung, die Amerika als der Kreditor der Welt besitzt, angesichts der großen Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Industrie nicht nur der japanischen, sondern auch der englischen gegenüber, sind die Vereinigten Staaten Gegner aller imperialistischen Vorrechte, die die ältesten imperialistischen Staaten, wie England, Frankreich und Japan, bisher in China erobert haben oder jetzt in Sibirien erobern könnten. Amerika sucht Japan zurückzudrängen unter der Losung der „Offenen Tür" in China, die von dem amerikanischen Staatssekretär John Hay schon im Jahre 1900 aufgestellt wurde. England wird durch diese Politik der Vereinigten Staaten in seinen Interessen bedroht, aber in viel geringerer Weise als Japan. Nicht nur, weil es als kapitalistisch stärkerer Staat der Konkurrenz Amerikas mehr gewachsen ist als Japan, sondern auch, weil die Fragen des Gestades des Stillen Ozeans, die für Japan Lebensfragen sind, für England nur eine der wichtigsten Weltfragen darstellen. Japan kann deshalb auf die Unterstützung seitens Englands nur bis zu einem gewissen Grade rechnen. Amerika stellt mit seinem Zugeständnis der größten Flotte an England dieses vor die Wahl, sich für Japan oder die Vereinigten Staaten zu entscheiden. England wird die Wahl nicht schwer werden. Es wird sich für Amerika entscheiden und dieses wird somit erreichen, daß Japan um die Früchte seines Sieges betrogen wird. Es fragt sich dann nur, ob sich das die japanischen Imperialisten gefallen lassen. Ob so oder so. Die Frage ist für die amerikanischen Imperialisten die, ob sie erst in aller Ruhe Japan erledigen können, um dann die Auseinandersetzung mit England folgen zu lassen, oder ob sie den Kampf mit beiden zu gleicher Zeit aufnehmen müssen. Das erstere scheint das wahrscheinlichere zu sein.

Das hungernde Rußland und das kapitalistische Ausland

London, 11. November. (Rosta Wien.) Im englischen Unterhause richtete Lord Robert Cecil scharfe Angriffe gegen die Regierung, die am 16. August eine feierliche Erklärung abgab, das Menschenmöglichste für das hungernde russische Volk zu tun, und seitdem dennoch außer endlosen Konferenzen nichts geleistet habe. Die Art und Weise, in der die Regierung die russische Hilfsaktion sabotiert, trägt nur zu ihrer Diskreditierung bei. Hätte Lloyd George erklärt, daß England nichts mit der russischen Hilfsaktion zu tun haben wolle, so wäre dies wenigstens ehrlich, obzwar ein unzweideutiges Verbrechen gewesen. Lloyd George habe tatkräftige Hilfe versprochen und keinen Versuch gemacht, dem russischen Volke wirkliche Unterstützung zu gewähren.

Im Namen der Arbeiterpartei haben Clynes, Oberst Wedgwood und Jack Jones im ähnlichen Sinne gesprochen, während der reaktionäre Abgeordnete Hopkinson sich gegen jede Hilfsaktion wandte.

Die Sowjetpresse zur Washingtoner Konferenz

Moskau, 11. November. (Rosta.) Radek schreibt in der „Pravda" in einem Artikel, betitelt „Die Washingtoner Konferenz der Großmächte": „Trotzdem die Washingtoner Konferenz formell den ferneistischen und Abrüstungsfragen gewidmet sein soll, ist sie faktisch nichts anderes als die Umgruppierung der Kräfte, die sich in die Kriesbeute teilen. Morgen wird diese Konferenz eröffnet werden. Rußland wird daran nicht beteiligt sein, doch hindert es die Konferenz nicht daran, die russische Frage als eine der Hauptfragen der Konferenz aufzurollen. Die Sowjetnote zur Frage der russischen Vorkriegsschulden hat die gesamte internationale Diplomatie aufgewühlt.

Frankreich, welches mit uns vor vollzogener Anerkennung der zaristischen Staatsschulden überhaupt nicht sprechen wollte, kann jetzt nicht mehr den Verhandlungen ausweichen, doch weiß es noch nicht, welche Haltung Amerika und England einnehmen werden. England zögert, eine bestimmte Meinung zu äußern. Amerikas Haltung ist noch ungeklärt, wenn auch des Lügengerüchte der amerikanischen Regierung über Rußland durch die Berichte amerikanischer Korrespondenten aus dem Wolgagebiete zerrissen wird.

In Washington bemüht sich die Entente, eine Einheitsfront gegen Sowjet-Rußland zu bilden. Die Hauptmächte wollen sich untereinander nicht nur über Ostsibirien, sondern über die ganze russische Frage verständigen. Sie versuchen, solche Fragen im Vorhinein zu lösen, die nur unter Teilnahme Rußlands untersucht werden können. Sowjet-Rußland kann kaltblütig, in voller Ruhe die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz abwarten.

Entscheidungen, die von dieser Konferenz getroffen werden, werden ohne Geltung bleiben, denn diesen Entscheidungen wird sich die organisierte Macht des russischen Volkes gegenüberstellen, das sich trotz Hunger und Kälte den Washingtoner Beschlüssen nicht unterordnen wird, um so mehr als nichts so heiß gegessen, wie gekocht wird." Die Einhelligkeit der Entente besteht vorläufig nur als Wunsch. Wenn nun diese Einhelligkeit auf dem Papier formuliert sein wird, so werden die Interessentengegensätze unter den Mitgliedern der Entente stärker sein, als die von ihr geschaffenen Papiere."

Die Entente und Deutschlands „betrügerischer Bankrott"

Der Pariser Korrespondenz der „Times" veröffentlicht in seinem Blatt weitere bemerkenswerte Mitteilungen über die Absichten der Reparationskommission, die sich jetzt nach Berlin begeben hat. Demzufolge glaubt man in den Pariser Kreisen, daß Deutschland überhaupt keine Anstalten macht, um seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Der deutsche Etat für das Jahr 1922 sehe Zahlungen an die Entente in der Höhe von 90 Milliarden vor. Da auf der anderen Seite aber mit einem Defizit von 80 Milliarden Mark gerechnet wird, müsse man den Schluß ziehen, daß die deutsche Regierung keinerlei Einkünfte für die Erfüllung des Versailler Friedensvertrages bereit stelle. Auf der anderen Seite würde in Deutschland Geld in Gestalt von Staatszuschüssen verschwendet. Dies zeige sich besonders bei dem deutschen Eisenbahn- und Postetat. Das Defizit der Deutschen Eisenbahn- und Postverwaltung sei durch Zuschüsse entstanden, die im Interesse der deutschen Industrie und Händler gemacht werden. Die deutsche Regierung habe zwar dem Reichstag 15 Steuergesetzentwürfe vorgelegt, aber es sei unwahrscheinlich, daß diese Gesetzentwürfe rechtzeitig angenommen werden. Die Vermögenszuwachssteuer solle überhaupt erst 1923 oder 1925 in Kraft treten und die meisten direkten deutschen Steuern seien so geartet, daß man sie leicht umgehen kann. Ferner tut die deutsche Regierung nichts, um die Kapitalverschiebungen ins Ausland zu verhindern. Die deutschen Staatsfinanzen befänden sich zwar in einem wüsten Zustand, aber Deutschlands Handelsbilanz zeige kein Defizit. Unter diesen Umständen sind die maßgebenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211114-13/fragment/page=0001

Franzosen der Meinung, daß man von der deutschen Regierung eine bestimmte Erklärung darüber erzwingen muß, welche Politik sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anwenden will. Und wenn Deutschland keine solche Politik hat, dann wird die Entente ihm eine verschaffen!

Die Entente-Kapitalisten wollen also die deutschen Kapitalisten am Kragen nehmen, um sie zur Zahlung zu zwingen. Die deutschen Kapitalisten werden zu zahlen versuchen, aber auf Kosten der Arbeiter.

60 000 Metallarbeiter im Streik

Düsseldorf, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Seit heute früh streiken 60 000 Metallarbeiter in Düsseldorf. Alle Betriebe und Hüttenwerke stehen still.

Geringe sozialistische Mehrheit bei den Stadtverordnetenwahlen in Leipzig

Leipzig, 14. November. Bei den Leipziger Stadtverordnetenwahlen wurden Stimmen abgegeben:

Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste	134019
Demokraten	29386
Unabhängige	114733
Mehrheitssozialisten	26433
Kommunisten	20846
Deutschsozialen	3983

Mandate:

	jetzt	bisher
Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste	30	—
Deutschnationale	—	5
Wirtschaftlicher Bürgerwahlausschuß	—	7
Privatangestellte	—	4
Demokraten	6	17
Deutschsozialistische	—	—
Bürgerliche	36	33
Mehrheitssozialisten	5	6
Unabhängige	25	33
Kommunisten	6	—
Sozialisten	36	39

Da uns die genauen Ergebnisse aus einem Wahlbezirk noch fehlen, kann dieses vorläufige Ergebnis durch die amtliche Wahlfeststellung noch eine Korrektur erfahren.

Bürgerliche Mehrheit in Dresden

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Dresdener Stadtverordnetenwahlen brachten einen Sieg der Bürgerlichen. Bisher hatten die Linksparteien vier Mandate Mehrheit. Die Bürgerlichen erhalten 134 000, die Arbeiterparteien 124 000 Stimmen.

Die Bewegung der städtischen Arbeiter Berlins

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Funktionärversammlung der streikenden städtischen Arbeiter nahm am gestrigen Sonntag zu dem Beschluß des Magistrats die erhöhten Lohnsätze für Oktober und November sofort auszuzahlen, Stellung. Die Gewerkschaftsbureaukratie würgte durch zweimalige Abstimmung mit angeblicher Mehrheit den Beschluß ab, an den 1000 Mk. Wirtschaftsbeihilfe festzuhalten und ließ sieben weitere gleichlautende Anträge unter den Tisch fallen. Am Montag soll in allen Betrieben eine Urabstimmung über Fortführung des Streiks stattfinden. Bis auf Staatswerk Marienfdorf wurde überall die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Demokraten für die große Koalition

Bremen, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der demokratische Parteitag in Bremen erklärte sich für die große Koalition. Verschiedene Demokraten wünschen den Wiedereintritt Rathenaus in die Regierung.

Debatte über das Regierungsprogramm im Landtag

Gemeinsamer Mißtrauensantrag der KPD. und USPD.

Am Freitag wurde im Landtag von den bürgerlichen Parteien und dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun um das Regierungsprogramm herumgeredet. Die ganze Debatte zwischen den Deutschnationalen und den Koalitionsparteien wird nichts als eine höchst müßige Auseinandersetzung über die Ursachen des Novemberzusammenbruchs. Trotz dieses Streites stehen die Unabhängigen und die Kommunisten allein gegen die geschlossene Front der „großen Koalition".

Zur Vertrauensfrage sind verschiedene Anträge eingegangen. Die Deutschnationalen bringen ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett ein, und eine Resolution der Koalitionsparteien spricht der Regierung das Vertrauen aus. Die Kommunisten und Unabhängigen haben gemeinsam folgenden Antrag eingebracht:

Die Zusammensetzung des Staatsministeriums widerspricht den Interessen des werktätigen Volkes. Sie stellt den Versuch dar, die Arbeiterklasse darüber zu täuschen, wo ihre wirklichen Feinde stehen. Ein einmütiger Widerstand gegen die täglich wachsende Verelendung und gegen die erkrankende politische Reaktion, der allein zum Erfolg führen kann, soll durch parlamentarische Schachergeschäfte gelähmt, die Abwälzung der Steuerlasten von den Kriegsschuldigen auf die notleidenden Massen begünstigt werden. Der Landtag versagt daher dem Staatsministerium sein Vertrauen.

Die Frage der Stellung der Arbeiterschaft zum Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Stinnes wird von dem Abgeordneten Leid (USP.) aufgerollt. Er bezeichnet dieses Verhalten der Sozialdemokratie als ein Verbrechen am Sozialismus.

Hierauf versucht der Ministerpräsident Braun auf die von dem Genossen Meyer in der Donnerstagsitzung an ihn gestellten Fragen zu antworten. „Wenn das Programm der Regierung von allen kapitalistischen Parteien gebilligt worden sei, so beweise das gar nichts. Es komme nicht auf die Programme, sondern auf die Taten an." Wie diese aber aussehen sollen, sagt er nicht.

Die zweite Rednerreihe eröffnet Genosse Schulz-Neukölln: Herr Braun hat die Koalitionspolitik seiner Partei mit der Konzessionspolitik Sowjet-Rußlands rechtfertigen wollen. Die Rechtssozialisten haben allen Grund, zu erkennen, daß sie selbst mit die Ursache der Notwendigkeit dieser Politik Rußlands sind. Die an Stelle eines Programms von der Regierung gegebenen Richtlinien sind so, daß sie nach jeder Richtung gebogen werden können. Ihre Auslegung wird sicherlich nicht im Interesse der Arbeiterschaft geschehen. Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Klassenkampfstandpunkt aufgegeben; sie läßt hier durch ihren Minister erklären, daß sie die Klassenversöhnung anstrebe. Der Koalitionsbruder der SPD., Herr v. Richter, ist noch dem Kapp-Putsch als politisch unzuverlässiger Beamter hinausgeworfen worden, und heute holen sich die Sozialdemokraten diesen Kappisten in das Ministerium. Daß der Ruf der Industrie nach Ueberführung der großen Staatsbetriebe in Privatbesitz bei der Stinnesckoalition in Preußen Widerhall finden wird, haben wir heute schon von Herrn Oeser, dem Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei, gehört. Aus dem Sozialisierungsprogramm der Rechtssozialisten, das früher immer den Arbeitern vorgehalten wurde, ist also heute ein Kapitalisierungsprogramm des gesamten Reiches und Preußens geworden. Ueber die Frage der Amnestie der revolutionären Arbeiter ist aber kein Wort gesagt worden. Wir verlangen, daß die Staatsregierung erklärt, welche Stellung sie in der Frage der Auslieferung der angeblichen Mörder Datos einzunehmen gedenkt.

Der Bankrott Deutschlands

Material zum Steuerkampf

Die schwankende USP.

Von Dr. E. Pawlowski.

Während sich die SPD. durch die Görlitzer Beschlüsse offen in den Dienst der Bourgeoisie gestellt und den Steuerkampf endgültig verraten hat, schwankt die USP. noch weiter hin und her. Die Arbeitermassen der Partei drängen zum Kampfe gegen die Ausraubung der Masse durch die Steuern und die Geldentwertung. Die Führerschaft, oder mindestens ein großer Teil, will absolut keinen Kampf, sucht die Wiedervereinigung mit der SPD. und die Teilnahme an der Regierung. Dieser schwankenden, unentschiedenen Haltung entspricht auch die wohlwollende Neutralität, mit welcher die USP. die Wirtschaftskoalitionsregierung unterstützte.

Das Bestreben der Führer, zu der SPD. hinüberzuschwenken, wurde durch die jüngsten Ereignisse, durch den offenen Verrat der SPD. sehr erschwert. Schon die neuen Steuervorlagen zwangen die USP. zu einer schwerzwoll resignierten Kundgebung: die „Freiheit" schrieb am 9. August:

„Von der politischen Einsicht der Regierung hing es aber ab, ob sie bedingungslos vor dem Block der Steuerscheuen kapitulierte oder den ehrenden Versuch machte, das Kapital zur Tragung der Reparationslasten heranzuziehen.

Es ist kaum anzunehmen, daß solche Erwartungen jetzt noch bestehen. Die Steuervorlagen der Regierung Wirth haben sie vernichtet. So sind Tausenden und Hunderttausenden erneut die Augen darüber geöffnet worden, daß guter Wille, menschlich lautere Absichten die großen Klassengegensätze weder aus der Welt schaffen, noch überbrücken können. Denn dadurch ist der Augenblick gekommen, wo die „Bewährungsfrist", die die Unabhängige Sozialdemokratie dem Kabinett Wirth zur Durchführung der aus dem Ultimatum sich ergebenden Aufgaben gewährt hat, abläuft. Entsprechend ihrer am 4. Juni im Reichstag abgegebenen Erklärung, zunächst aus außenpolitischen Gründen, die „Taten" der Regierung abzuwarten, ihr gegenüber aber jederzeit „die Klasseninteressen des Proletariats mit aller Entschiedenheit zu vertreten", kann gegenüber den jetzigen Absichten der Regierung nur noch rücksichtsloser Kampf in Frage kommen."

Aber der hier angesagte rücksichtslose Kampf ließ lange auf sich warten. Erst am 25. August erschien ein Aufruf der Partei, in sehr gemäßigtem Ton gehalten. Kein Wort gegen die SPD., deren Mitglieder im Ministerium, welches diese Steuervorschläge einbringt, sitzen! Zentrum und Demokraten werden angegriffen, die SPD. bleibt unerwähnt! Und erst am 6. September beginnt der „Kampf" der USP. mit einigen Volksversammlungen.

Was die Partei sonst geleistet hat, ist wirklich nicht viel. Die Kritik der Steuervorlagen und der ganzen Finanzpolitik des Reichs wurde ziemlich treffend geübt. Dagegen fehlte es auch der USP. an einem positiven Finanzprogramm.

Die Ausführungen und Forderungen der USP. bewegen sich ganz und gar in dem Geiste des Beschlusses der Wiener Konferenz der 2½-Internationale. Hier wie dort ist Hilferding der geistige Führer. Das positive Finanzprogramm der USP. ließe sich beiläufig folgendermaßen kombinieren:

Das positive Programm der USP. geht von der gleichen unrichtigen Beurteilung der Wirtschaftslage aus wie das der SPD., von der Voraussetzung, daß sich die Wirtschaftslage Deutschlands auf dem Wege der Gesundung befinde, daß die Wirtschaft Deutschlands die Staatsausgaben decken könne: also eine Auffassung, welche der hier entwickelten absolut entgegengesetzt ist. Diese Auffassung wird öfter klar und deutlich ausgesprochen: so sagte Hilferding in seiner programmatischen Rede im Reichswirtschaftsrat am 14. September:

„Wir haben in den letzten zwei Jahren eine Wiedergesundung der Wirtschaft zu verzeichnen gehabt." Dr. Heim hat in der Sozialisierungskommission erklärt, er hoffe, daß in kleinbäuerlichen und mittleren Betrieben in ein bis zwei Jahren die Kriegsschäden überwunden sein werden und daß es zu einer Steigerung der Intensität der Produktion komme. Vertreter des Großgrundbesitzes haben ähnliches gemeint. Auch die Industrie hat ihren Produktionsapparat in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Unsere Wirtschaft ist im Gesunden."

Und nochmals bekräftigt er es in seiner Rede:

„Aus allen diesen Gründen müssen wir sagen: unsere deutsche Wirtschaft ist erstarkt, sie ist kräftig, und sie muß jetzt zunächst in den Dienst der Sanierung der Finanzen gestellt werden."

Von dieser Erstarkung und Gesundung ausgehend, glaubt die USP., daß Deutschland imstande sei, seine Verpflichtungen dem Staate und der Entente gegenüber zu erfüllen

„Es ist kein Zweifel, daß die Wirtschaft imstande ist, die Finanzen zu sanieren, daß sie imstande ist, uns über die nächste kritische Zeit hinwegzuhelfen. Dann muß das dazu notwendige aber auch sofort geschehen, Zeit ist nicht mehr zu verlieren," heißt es im Leitartikel der „Freiheit" vom 16. September

Also nicht die Wirtschaftskrise ist die Ursache der Finanzkrise, sondern die schlechte, ungenügende Finanzpolitik des Reiches! Der Hauptfehler besteht nach Hilferding darin, daß die Steuern in der sich fortwährend entwertenden Papiermark ausgeworfen und bezahlt wurden, während die Erträge aus Produktionsmitteln den Eigentümern in Goldmark zufließen, da die Zeuerung mit der Entwertung der Papiermark parallel geht. Auf dieser Grundlage fordert die USP. durch den Mund Hilferdings und in ihren Kundgebungen: „daß die Steuern in Form von Anteilen an den Erträgnissen der Wirtschaft erhoben werden, weil diese Erträgnisse bis zu einem hohen Grade den fortwährenden Schwankungen des Geldwertes folgen können" (Hilferding) populärer ausgedrückt im Aufruf als „Erfassung der Goldwerte": ferner eine schärfere Erfassung der Einkommen, eine Reform der Art der Einkommensteuer-Erhebung; statt der deutschen Form der Selbsteinschätzung des Gesamteinkommens wird das (tatsächlich bessere) englische System der Erfassung der Einkommen an der Quelle gefordert: endlich eine stärkere Besteuerung der Börse und vor allem des Devisenhandels, um die Valutaspekulation zu hindigen. —

Wenn wir von den kleinen Maßregeln absehen, so liegt der Kern dieses Programms in der „Erfassung der Goldwerte", in der Forderung, daß der Staat die Steuern in der Form einer Beteiligung am Vermögen und am Einkommen erheben soll. Klarer ausgedrückt: in der geforderten Enteignung eines Teils der Produktionsmittel. Der Wert dieser Forderung hängt ganz und gar von ihrer Quantität ab: welchen Teil will die USP. enteignen? An diesem Punkte entscheidet sich die Sache. Nun, die USP. befleißigt sich einer zahmen Mäßigkeit. Hilferding sagt in seiner erwähnten Rede:

„Deshalb muß man unter Umständen die Mittel zur Erfüllung aus der Substanz der Wirtschaft nehmen. Jeder wird es nur mit äußerster Vorsicht und im äußersten Notfall tun, wenn es aber nicht anders geht, muß dieses Mittel angewendet werden, um das deutsche Volk vor einer gefährlichen Krise zu bewahren."

Deutlicher spricht sich das Manifest der USP. vom 25. August aus. Dort heißt es:

„Es muß dem Reich ein erheblicher Anteil an den Goldwerten durch Gesetz zugesprochen und dadurch ein entsprechender Anteil an den Gewinnen aus diesen Werten garantiert werden. Wenn ein landwirtschaftlicher oder industrieller Betrieb zu einem Fünftel oder einem Viertel Reichseigentum würde, dann müßte ein Fünftel oder ein Viertel seines Gewinns an die Reichskasse abgeführt werden. Auf diese Weise würde endlich eine wirkliche Heranziehung der Goldwerte der Besitzenden zu den Reichssteuern herbeigeführt werden."

Also ein Fünftel oder ein Viertel! Dies deckt sich vollkommen mit der Forderung des mehrheitssozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt, der in seiner Denkschrift ebenfalls eine Beteiligung von 20 Prozent fordert. Dieser Vorschlag würde nach den Berechnungen des Wirtschaftsministers dem Staate in Hypotheken auf den Grunddesitz und in Aktien von Industrieunternehmungen ein Vermögen von 285, nach Aufhebung der Reste der Zwangswirtschaft aber zirka 382 Milliarden, und einen jährlichen Ertrag von 17 Milliarden Mark einbringen.

Es ist offenbar, daß dieser Vorschlag zur Lösung der Finanzkrise absolut ungeeignet ist.

1. Das Defizit des Reiches beträgt, wenn die Schätzung des Reichskanzlers bezüglich des Ertrages der neuen Steuern richtig ist, 20 bis 50 Milliarden Mark, mit der durch die neue schreckliche Teuerung unumgänglich notwendig gewordenen Erhöhung der Gehälter, Löhne, Verteuerung aller Waren, die der Staat einkauft, aber wahrscheinlich 100 Milliarden Mark! Mit den erhofften 17 Milliarden ist die Finanzkrise absolut nicht gelöst, um so mehr, als durch diese Enteignung natürlich der Ertrag der allgemeinen Einkommen- und Vermögenssteuern um einige Milliarden — ein Fünftel — vermindert wird!

2. Die Form der Grundhypotheken sichert dem Staate keine Beteiligung am Goldwerte. Der Zinsenertrag wird in Papiermark bezahlt, ist eine fixe Größe. Bei der fortschreitenden Entwertung der Mark wird der reale Teil des Einkommens nicht mehr ein Fünftel, sondern ein Zehntel, vielleicht ein Fünfzigstel betragen. Die Agrarier werden in ein bis zwei Jahren wieder entlastet sein.

3. Eine Aktienbeteiligung des Staates von 20 Prozent hält die Verfügung über die Produktionsmittel und über den Gewinn unberührt in den Händen der Kapitalisten. Es wird sich das in großen wiederholen, was die bisherige Erfahrung mit den „gemischtwirtschaftlichen Betrieben" im kleinen gezeigt hat: daß der Staat bloß die Dividende bekommt, den größten Teil des Ertrages aber die führenden Kapitalisten einsacken werden. Nichts leichter, als den Nutzen einer Aktiengesellschaft in private Hände gleiten zu lassen, die Aufsichtsorgane des bürgerlichen Staates, die in der Direktion sitzen, werden gegen gute Beteiligung bei der Verschiebung beide Augen zudrücken. Der Staat wird daher keine zwanzig, sondern vielleicht zehn Prozent des jährlichen Ertrages erhalten.

4. Diese Lösung läßt den ganzen Aufbau des kapitalistischen Systems unangetastet, mit seiner Anarchie, seiner Spekulation, seiner ungeheuren Vergeudung von Werten! Die Wirtschaftskrise, welche nach unserer Auffassung die Grundlage der Finanzkrise bildet, bliebe bei dieser Reform unverändert bestehen! —

*

Das Programm der USP gibt keine Lösung. Aber es wäre doch ein kleiner Schritt zur Entlastung des Proletariats. Aber die Führer der USP. werden auch dieses unzulängliche Programm verraten. Denn sie wollen sich mit der SPD. vereinigen, die SPD. will es mit der Deutschen Volkspartei: und dann ist jeder Versuch einer wirklichen Erfassung der Goldwerte begraben! Daher sollte man vor allem Gewicht darauf legen, die USP. auf ihren eigenen Forderungen, so unzulänglich und ungenügend dieselben auch sind, festnageln! Die Proletariermassen der USP. müssen stets auf dem laufenden darüber gehalten werden; inwiefern ihre eigenen Führer ihr Steuerprogramm einhalten, dafür kämpfen oder nicht!

Da die auf eine halbe Stunde beschränkte Redezeit abgelaufen ist, wird dem Genossen Schulz das Wort entzogen und sein Weiterreden durch diese bürgerliche Mehrheit verhindert

Es sprechen dann noch die Abgeordneten Hereld (Ztr.), Heilmann (Soz.), Becker (DN.) und der Volksparteiler Dr. Leidig, der die heutige Koalition als den letzten Versuch bezeichnet, den in den Abgrund fahrenden Wagen Preußens zu bremsen. Dabei müsse jede Koalitionspartei manche ihrer Wünsche zurückstellen. Auch im Reiche müsse die gleiche Koalition gebildet werden.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wird dann die Abstimmung über die Anträge zur Vertrauensfrage vertagt.

Es werden dann nachträglich die Gesetzentwürfe über Abänderung der Besoldungsgesetze für Staatsbeamte, Lehrer usw. auf die Tagesordnung gesetzt. Hierzu sind von den Unabhängigen und von den Kommunisten verschiedene Anträge gestellt, die eine Erhöhung der Sätze für die unteren Gehaltsgruppen und die sofortige Auszahlung einer einmaligen, für alle Beamten gleich hohen Teuerungszulage fordern. In der Debatte wenden sich die Genossen Knoth und König und der Unabhängige Richter gegen die Staffelungen im Gesetzentwurf, die die Klassenscheidung innerhalb der Beamtenschaft noch mehr vergrößern.

Die Sozialdemokraten beweisen ihre Abhängigkeit vom Bürgertum und stimmen mit diesem die unabhängigen und kommunistischen Anträge nieder. **Die Praxis der Stinneskoalition hat sich gezeigt.**

Nächste Sitzung Donnerstag, den 17. November, 2 Uhr: Abstimmung über die Anträge zur Vertrauensfrage, Anträge zur Kartoffelversorgung, kleine Vorlagen.

Die kleinen Beamten sollen weiterhungern!

Reichstagssitzung vom 11. November.

Die Freitagsitzung des Deutschen Reichstages begann mit kleinen Anfragen. Auf eine solche der USP. verspracht die Regierung die baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht. Die Neugier des Unabhängigen Künstler über die monarchistische Demonstration bei der Leichenbeisetzung des Ex-Königs von Bayern wurde dahin befriedigt, daß man regierungseitig erklärte, man habe dem Generalfeldmarschall a. D. „nur" die letzten militärischen Ehren erwiesen. Ist das nicht herrlich?! Der die jüngster Deserteurs Liste soll man, wie aus der Antwort auf die Anfrage von Kurt Rosenfeld hervorgeht, endlich aus der Heiligen Hallen der wilhelminischen Oberjustiz in Leipzig entfernt worden sein. Ob dies auch stimmt?

Das Gesetz über **Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Invalidenrentenempfängern** wurde dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen, der dafür Sorge tragen soll, daß noch vor der längeren Vertagung des Reichstages, die Ende nächster Woche beginnen soll, das Gesetz verabschiedet werden kann.

Die Besoldungsvorlage der Beamten

Nunmehr kam es zur zweiten und dritten Lesung der Besoldungsneuregelung für Beamte. Frau Zietz begründete mit vielem Eifer, aber leider mit wenig Erfolg eine Reihe von Abänderungsanträgen der USP., die später sämtlich gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen der Ablehnung verfielen. Dasselbe Schicksal teilte übrigens auch der kommunistische Antrag, der für alle Beamten mit Gehältern unter 30 000 Mk. eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 3000 Mk. und 500 Mk. für jedes Kind forderte.

In der dritten Lesung ergriff noch einmal Genosse Plettner das Wort, um zum letzten Male die Forderungen der unteren und mittleren Beamten mit allem Nachdruck zu unterstreichen. Die täglich wachsende Teuerung hat die jetzt bewilligten Erhöhungen längst überholt. Und da ist es empörend, daß man den unteren Beamten nicht einmal das Existenzminimum bietet, während den höheren das drei-, vier- und fünffache des Existenzminimums ausgeschanzt werde. Die Stimmung der Beamten deute auf Sturm. Wir Kommunisten werden keine Anstrengungen unterlassen, alle Schritte, die die Beamten und Staatsarbeiter für notwendig erachten, zu unterstützen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Hierauf werden von der Stinneskoalition, die sich bei dieser Gelegenheit ohne formellen Eintritt der Volkspartei in die Reichsregierung auch im Reichstag formiert, die ganze Reihe der kommu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211114-13/fragment/page=0002

nistischen und unabhängigen Anträge, die auf eine Besserung der traurigen Lage der unteren und mittleren Beamten hinzielten, brutal und rücksichtslos niedergestimmt, und das Gesetz in der Regierungsvorlage angenommen.

Aufreizende Lebensmittelwucher-Demagogie!

Nunmehr wandte sich der Reichstag der Besprechung der **Lebensmittel- und Wucheranträge** bzw. -Interpellationen zu. Zur Beratung standen zwei deutschnationale Interpellationen, von denen die erste die Forderung der völligen Freigabe und der Sicherung der Auslandseinfuhr des Getreides erhoben. Die zweite Interpellation forderte — o, welche Ironie! — Maßnahmen der Regierung gegen die Getreideverschiebungen ins Ausland. In Verbindung damit wurden behandelt drei USP.-Anträge, von denen der erste die Erhöhung der Getreideumlage von 2½ auf 3½ Millionen Tonnen, der zweite die Erhöhung der täglichen Umlagemehlration auf 260 Gramm und der dritte die **Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln** durch ein Umlageverfahren forderte.

Die ganze Debatte war fast ausschließlich auf die platteste Demagogie eingestellt. Der deutschnationale Hemeter eröffnete den Reigen. Er sang ein Loblied auf die ungehinderte Ausbeutungsfreiheit des Agrarkapitals und drohte den schärfsten Widerstand der Agrarier an, falls die unabhängigen Anträge zur Annahme gelangen sollten. Der Rechtssozialist Kretzig begründete die Interpellation seiner Partei in einer typisch demagogisch-kleinbürgerlichen Weise. Kretzigs Rede klang aus in dem üblichen ohnmächtigen Hilferuf an die Regierung. Keine Spur von wirklicher Erkenntnis der Dinge, kein Hauch von Kampfeswillen. Mathilde Wurm begründete die unabhängigen Anträge. Sie polemisierte gegen die Profitsucht der Agrarier, verlangte Ausfuhrverbot und schwere Strafen gegen den Wucher, sowie Beschlagnahme der Kartoffeln. Falls die Regierung nicht sofort und energisch durchgreife, würden die Unabhängigen ihr den schärfsten Kampf — aber nur mit dem Maul — ansagen. Nun kam der Minister für deutsche Unterernährung und Wirtherjatz im Reichs-Finanzministerium Hermes zum Wort. Wieder stand er da wie ein feudaler Korpsstudentenassessor, frech und provozierend nach links, schweifwedelnd und bauchrutschend nach rechts. Durch sein brutales Eintreten für die agrarische Profitsucht erntete er in einem fort den stürmischsten Beifall der Rechtsparteien. Seine provokatorischen Ausführungen lösten auf der Linken wiederholt die heftigste Entrüstung aus. Schieber! Unverschämter Bursche! Frecher Patron! und ähnliche Kosenamen flogen ihm wiederholt an den Kopf. Genosse Remmele erhielt dafür einen Ordnungsruf.

Hierauf sprach der Zentrumsmann Schlack. Seiner langen Rede kurzer Sinn war ein gedämpftes Loblied auf die uneigennützige Landwirtschaft. Trotzdem hielt er es für notwendig, den deutschnationalen Agrariern gut zuzureden, den Bogen der Preissteigerungen ja nicht zu überspannen. Sonst könne ein Zusammenbruch kommen, der alle mit in den Abgrund reiße. Nach einem bestellten Vorstoß der Reaktion gegen den Genossen Malzahn, den übrigens Genosse Koenen im Auftrage flott parierte, vertagte sich das Haus auf Donnerstag, den 17. November.

Bestellte Arbeit!

Auf Veranlassung einiger nationalistischer Maulhelden hat der Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke ein eiliges Schreiben an den Reichstag gerichtet, in dem **gegen die Ausführungen des Genossen Malzahn entrüstet Protest erhoben wird. Das nationale** Gelichter im Reichstag heulte vor Wollust, **als der Ersatzpräsident** Rießer unter scharfer Betonung das Schreiben zur Verlesung brachte. Genosse Koenen hat aber sofort den Herren die Rosinen aus ihrem Kuchen gesiebt; er verlas im Auftrage des Genossen Malzahn folgende Erklärung:

Die Erklärung des Zentralbetriebsrates der Deutschen Werke Spandau erweckt den Eindruck — allerdings, ohne bestimmte Angaben über meine Rede zu machen — als hätte ich positiv behauptet, daß in den Spandauer Werken Kriegsmaterial angefertigt würde.

Demgegenüber stelle ich aus dem Stenogramm meiner Rede fest, daß ich folgende Ausführungen bei der in Frage kommenden Stelle gemacht habe:

Nach den Bestimmungen der Interalliierten Militärkommission soll in Erfurt und in Haselhorst am 1. April 1922 die Herstellung von Jagd- und Sportwaffen eingestellt werden. Die Interalliierte Kommission gab in ihrer Begründung folgendes an (was uns hier nicht mitgeteilt worden ist): Sie will festgestellt haben, daß neben der Herstellung von Revolvern in Erfurt auch Maschinengewehre und Maschinengewehrteile angefertigt worden sind.

Wir haben weiter Zuschriften von den Arbeitern bei den Firmen Suhl, Erfurt, Magdeburg und Fürth bekommen, daß Millionen von Gewehrpatronen angefertigt werden sollten.

Die Arbeiter haben uns gefragt, was sie dagegen für Schritte unternehmen sollten.

Ich stelle weiter fest, daß auf dem letzten Verbandstag der Metallarbeiter in Jena aus den verschiedensten Orten die Anträge kamen und auch angenommen wurden, daß der Hauptvorstand mit Hilfe der organisatorischen Machtmittel gegen die Herstellung von Waffen und Munition mit allen Maßnahmen einschreiten sollte.

Wir haben den berechtigten Argwohn anzunehmen, daß aus den Fabriken dieser Betriebe die Orgesch und Einwohnerwehren mit Material und Munition versorgt werden.

Wie uns mitgeteilt, ist heute der Zentralbetriebsrat der Spandauer Werke nach Erfurt gefahren, um an Ort und Stelle die Dinge nachzuprüfen.

Aus diesen meinen Ausführungen nach dem Stenogramm geht also deutlich hervor, daß ich in obiger Sache nicht von den Spandauer Werken gesprochen habe, und, soweit über andere Betriebe Angaben gemacht sind, gefordert habe, daß der parlamentarische Beirat, die Gewerkschaften und der Zentralbetriebsrat sofort in eine Nachprüfung der Produktion der Betriebe eintreten soll.

Ich nehme nicht an, daß der Zentralbetriebsrat bei seinem Protest sich von parteipolitischen Motiven hat leiten lassen. Ferner hoffe ich nicht, daß er aus Furcht um seine Existenz sich von nationalistischen Tendenzen treiben läßt. Ich glaube vielmehr, zu seinem Gunsten annehmen zu dürfen, daß die Mitglieder des Zentralbetriebsrates die Opfer einer falschen Berichterstattung geworden sind.

Sobald das Stenogramm meiner Rede gedruckt vorliegt, werde ich es dem Zentralbetriebsrat übermitteln, und erwarte, daß dasselbe der Belegschaft wortgetreu vorgetragen wird.

Politische Nachrichten

Die Sabotage der Universität Jena

Die Angst des Rektors vor den „Herren Kommilitionen".

Am Brett der Landesuniversität Jena befindet sich heute folgender Anschlag:

Bekanntmachung:

Den Herren Kommilitionen teile ich hierdurch mit, daß gestern am 9. November, die Fahnen am Universitätsgebäude ohne mein Wissen auf unmittelbare Anordnung der Regierung hin ausgehängt worden sind.

Jena, den 10 November 1921.

Der Rektor der Landesuniversität.
Weinel.

Das ist derselbe Weinel, der sich vor Jahr und Tag in der Volkshochschule als Sozialist bezeichnete. **Wir glauben allerdings,** daß der Herr unter schärfstem Druck gehandelt hat. Hoffentlich wird die republikanische Regierung mit Gegendruck **antworten.**

Studentische Demonstration gegen die Republik

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" melden, daß von der tierärztlichen und der Technischen Hochschule in Dresden die schwarzrotgoldenen Farben durch Studenten heruntergeholt wurden. — Ministerpräsident **Buck** hatte bekanntlich angeordnet, daß am 9. November die öffentlichen Gebäude in den neuen Reichsfarben flaggen.

Kein Bußtag in Thüringen

Jena, 12. November. Nach Aufhebung des Bußtages in Thüringen geht die sozialdemokratische Presse mit dem Beispiel voran und ihre Blätter werden auch an diesem Tage erscheinen.

Obstruktion der Rechtsparteien

Braunschweig, 12. November. Auch die heutige Sitzung der Landesversammlung mußte nach kurzer Dauer wegen tumultuarischer Szenen wieder abgebrochen werden. Der Abg. Blasius vom Landeswahlverband setzte seine Kritik an der Tätigkeit des sozialistischen Staatsministeriums fort und erklärte: Minister Oerter habe in seiner Rede im Reichstag falsche Behauptungen aufgestellt, wenn er sagte, beim Einzug der Braunschweiger Husaren am 5. Dezember 1918 in Braunschweig hätten die Husaren mit Handgranaten geworfen; dies widerspreche der Wahrheit durchaus. — Bei diesen Worten entstand auf der linken Seite des Hauses ein großer Tumult. Der Präsident sah sich schließlich gezwungen, die Sitzung abzubrechen und setzte die Weiterberatung auf Montag an.

Ausland

Der Generalstreik in Rom

Rom, 12. November. Bei den Zusammenstößen, die in Rom am Donnerstag zwischen Kommunisten und Faszisten stattfanden, gab es noch weitere zwei Tote und 119 Verletzte. Die Polizei nahm etwa 50 Verhaftungen vor. Auf seiten der Truppen traten in dem Streik von Rom zum erstenmal auch Panzerautomobile in Tätigkeit. Die Regierung besteht auf der sofortigen Abreise der Faszisten. Die Eisenbahner von Neapel haben sich mit den Eisenbahnern von Rom solidarisch erklärt und sind in den Ausstand getreten. In Rom soll die Arbeit erst wieder aufgenommen werden, wenn die Faszisten abgereist sind.

Die Schlußsitzung des Kongresses der Faszisten ergab ein Bild völliger politischer Ziellosigkeit. Die Aufstellung eines Einheitsprogramms war nicht möglich. In den Vollzugsausschuß wurden Vertreter der verschiedensten Richtungen, von den demokratischen Gewerkschaftern bis zu den ausgesprochensten Nationalisten gewählt.

Die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti verschoben

Neuyork, 11. November. Die Revision des Prozesses von Sacco und Vanzetti wird Wochen, vielleicht auch Monate in Anspruch nehmen. Die Verteidigung erhielt drei Tage Frist zur Ausarbeitung eines Memorandums über die Ungesetzlichkeit des Todesurteils. Nachher wird das Gericht den Zeitpunkt des ersten Verhandlungstages festsetzen.

Ein Sozialrevolutionär schießt auf Tschitscherin

Riga, 14. November. Am 4. November wurde auf Tschitscherin in seinem Empfangszimmer durch zwei Revolverschüsse ein fehlgegangenes Attentat verübt. Der Attentäter ist ein Mitglied der sozialrevolutionären, terroristischen Gruppe.

Staatlicher Lohnabbau in der Schweiz. Bern, 12. November. (Intel.) Die schweizerische Depeschenagentur meldet, daß der Bundesrat beschlossen hat, von der Teuerungszulage der Staatsangestellten die Orts- und Kinderzulage zu reduzieren, wodurch eine Ersparnis von sieben Millionen Franken erzielt werden soll. Damit beginnt der generelle Lohnabbau in der Schweiz.

Wirtschaft

Wucher mit Seefischen

Dem „Berliner Tageblatt" wird gemeldet: **Kohlenknappheit,** die viele Fischdampfer zum Aufliegen zwingt, die Folgen der verschiedenen Streiks, immer wiederholte Stürme auf See, daneben auch starker Ankauf von Ausländern aus wirken zusammen dahin, daß die Seefische gegenwärtig ungeheuer knapp und dementsprechend teuer sind. In dieser Hinsicht dürfte der heutige Fischmarkt in Altona indessen sämtliche bisherigen Rekords geschlagen haben. Schellfisch kam bis auf 27 Mark das Pfund, Seehecht auf 19,50 Mk., Schollen auf 25 Mk., Seezungen sogar bis auf 47 Mark! Die meisten kleineren Fischhändler, die erschienen waren, bekamen überhaupt keine Ware.

Um Gründe für Wucherpreise sind die Nutznießer der Scheinkonjunktur und des deutschen Ausverkaufs nicht verlegen. Die Kohlen sind in diesem Jahre sicherlich nicht rarer als in den vergangenen Jahren der Nachkriegszeit. Und die Löhne sind in den letzten zwei, drei Monaten auch nicht um soviel gestiegen, als daß sie eine Steigerung der Fischpreise um das vier- bis fünffache innerhalb vier Wochen rechtfertigen könnten. Ein Seefischgericht war bisher das einzige Fleischgericht, das sich der Arbeiter vielleicht einmal leisten konnte. Heute übertreffen die Seefischpreise die Fleischpreise um ein Weites. Seefisch ist ein Leckerbissen geworden, den sich Arbeiter nicht mehr leisten können. Ein Zeichen nur, wie es bergab geht mit der Lebenshaltung des Proletariats und daß es machen muß, die Kontrolle der Produktion des Handels und der Lebensmittelverteilung zu erkämpfen.

Vom Tage

Das Geschlecht der Multimillionäre stirbt aus

Wenigstens in den Steuerselbsteinschätzungen

EP. New York, 12. November. Die angeborene Bescheidenheit der Kriegsgewinnler feiert ihre höchsten Triumphe der Selbstverleugnung in dem jährlichen Fragebogen, den die Einkommensteuerbehörde einem zuschickt. Die Zustände sind nicht mehr ganz so, wie vor zwanzig Jahren, da man im Bureau der Neuyorker Steuereinnehmer (wohlgemerkt der städtischen und nicht der Bundesbehörden, die darin weniger leichtgläubig sind), diamantenbehangene Frauen und Männer mit zehnkarätigen Steinen am kleinen Finger feierlich mit erhobener Hand die traurige Tatsache beschwören sah, daß sie auf dieser Welt nichts Steuerbares ihr eigen nennten, aber gemogelt wird immer noch. Cosi fan tutte. Hier wie drüben und überall.

Nach einer Aufstellung, die Senator Lenroot gestern im Bundessenat seinen Kollegen unterbreitete, gibt es heute in den Vereinigten Staaten nur 54 Menschen, die die Kleinigkeit von über einer Million Dollar pro Jahr verdienen, nur 174, die sich mit einem Einkommen von einer halben bis zu einer Million zufrieden geben müssen, 1738, die sich schlecht und recht mit 150—250 000 Dollar im Jahr durchschlagen, 3400, die mit einem Einkommen von 100 bis 150 000 nicht wissen, wovon sie die teuren Mieten bezahlen sollen und endlich 500 600, die bei 6 000 bis 100 000 Jahresverdienst bereits am Hungertuche nagen. Ueber das Schicksal der übrigen 105 Millionen Einwohner zieht der Chronist den Schleier des Schweigens. Armes Amerika.

Explosion eines holländischen Unterseebootes. (TU.) Rotterdam, 11. November. Das im Hafen von Colombo liegende holländische Unterseeboot ist das Opfer einer Explosion geworden. Die Explosion erfolgte in der vorderen Batterie. Das Boot treibt auf dem Wasser. Von der Besatzung wurde ein Mann getötet, zwei schwer verwundet.

Mord. Aus Mörs meldet der „L.-A.": In der Ortschaft Alten wurde ein Landwirt und seine Schwester auf ihrem Hofe ermordet aufgefunden. Seit der Tat ist der Knecht spurlos verschwunden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter. für Anzeigen: Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Aus der Provinz

Die Arbeit am Bußtag nicht freigegeben!

Die letzte Betriebsrätekonferenz beauftragte u. a. das Bezirkssekretariat des ADGB., dahin zu wirken, daß am Bußtage gestattet wird, daß jeder arbeiten kann, wer an diesem Tage arbeiten will. Der nachstehende Bescheid des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe gibt die Stellungnahme der Regierung wieder. Demnach kann nur im Wege der Reichsgesetzgebung die Freigabe des Bußtages erreicht werden.

Wir lassen hier die Antwort des Ministeriums folgen:

„Da nach dem Gesetz vom 12. März 1893 (GS. S. 29, 30) der Buß- und Bettag in Preußen die Geltung eines allgemeinen bürgerlichen Feiertages besitzt, und da überdies im Artikel 139 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 ausdrücklich bestimmt ist, daß der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt bleiben, finden die reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften über die Sonntagsruhe auf diesen Tag im vollen Umfange Anwendung. Demnach dürfen am Buß- und Bettage in dem in § 105b der Reichsgewerbeordnung genannten Gewerbebetrieben **nur solche Arbeiten vorgenommen werden, auf die nach § 105c das Verbot der Sonntagsbeschäftigung keine Anwendung** findet, und ferner solche Arbeiten, die auf Grund der Bestimmungen der §§ 105 d bis 105f von den zuständigen Stellen ausdrücklich zugelassen sind. Außerdem können die Demobilmachungskommissare auf Grund der Ziffer VII Abs. 3 der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November bzw. 17. Dezember 1918 Ausnahmen auch von dem Verbote der Sonntagsarbeit zulassen, wenn diese Ausnahmen im öffentlichen Interesse dringend nötig werden. **Eine allgemeine Erlaubnis zur Vornahme von Werktagsarbeit am Buß- und Bettage,** entsprechend dem auf der Betriebsrätekonferenz in Halle laut gewordenen Wunsche, **würde mit den zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht vereinbar sein.**"

J. A. (gez.: Unterschrift.)

So, Mann der Arbeit, mußt du Feste feiern, ob du willst oder nicht. Neben deiner täglichen „Buße" in der Form der Ausbeutung, des Elends und des Hungers gibt dir die bürgerlich-„sozialistische" Regierung einen besonderen Tag, wo du nachdenken sollst darüber, daß du bisher der Bourgeoisie nur alle Rechte ließest und für dich habgierig alle Pflichten in Anspruch nahmst. Nun tue Buße in Sack und Asche!

Der Herr Generalstaatsanwalt beeilt sich!

Ja, er hat es wirklich eilig mit seiner Zuschrift an uns auf einen am 15. Oktober (!) erschienenen Artikel. Die Zuschrift lautet:

Der Generalstaatsanwalt. Naumburg a. S., den 11. Nov. 21.
X. 120. G. St. 7010.

Eilt!

Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung zu den Ausführungen des unter der Ueberschrift: „Von der Weißen Justiz" erschienenen Artikels in Nr. 242 des „Klassenkampf", Ausgabe vom 15. Oktober 1921, und zwar soweit dieser Artikel sich mit den Zuständen im Strafgefängnis zu Torgau, Fort Zinna, befaßt: „Es ist unzutreffend, daß das Mittagessen im Strafgefängnis Torgau, Fort Zinna, nur aus Wassersuppe bestände. Es ist ferner unrichtig, daß dort ein Gefangener durch scheußliche Behandlung Anfälle bekommen habe und daß ihm im „Kerker" einfach eine Kanne Wasser über den Leib gegossen sei, weil die Beamten angenommen hätten, er verstelle sich. Es handelt sich hierbei offenbar um den Strafgefangenen Otto K., der gelegentlich Krampfanfälle bekam, an denen er auch ärztlich behandelt wurde. Nicht von Beamten, wohl aber von seinen Mitgefangenen ist K. einmal, ehe der diensthabende Hauptwachtmeister zur Stelle war, bei einem solchen Anfalle leicht mit Wasser benetzt worden. Völlig unwahr ist es endlich, daß den Gefangenen geheißen sei, Wasser aus der Latrine zu saufen, wenn sie über Durst klagten. In jeder Zelle befindet sich mindestens eine Kanne frischen Wassers, das täglich erneuert wird."

In Vertretung: Danckworff.

Wir haben dieser Zuschrift wirklich nichts hinzuzufügen, da wir unseren Torgauer Berichterstatter als zuverlässig kennengelernt haben.

Merseburg-Querfurt

Querfurt

Die Krankheit wird teurer! Der Verein der Aerzte des Kreises setzte mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober folgende Mindestsätze fest. Am Ort: Beratung in der Sprechstunde 10, Attest 20, Besuche 20 Mk. Auswärts: Besuche bis zwei Kilometer Entfernung 30 bis 4 Kilometer 50, bis 6 Kilometer 60, bis 8 Kilometer 80, über 8 Kilometer 100 Mk. und mehr. Beratungen außerhalb der Sprechstunden und Extrabesuche das Doppelte. Nachts für alles das Dreifache. **Verdienen wird heute groß geschrieben!**

Schkeuditz.

Eine Schulvorstandssitzung befaßte sich mit einigen allgemein interessierenden Angelegenheiten. Für die Untersuchung und Ueberwachung der Kinder der Hilfsklassen soll versucht werden, einen der Herren Aerzte der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Altscherbitz zu gewinnen. — Durch Ministerialerlaß vom 11. Oktober 1920 soll der Konfirmandenunterricht grundsätzlich an Nachmittagen stattfinden. Nur dort, wo es den Geistlichen nicht möglich ist, die übrigen Obliegenheiten der Kirchengemeinde gehörig wahrzunehmen, sollen zwei Eckstunden in der Woche an Vormittagen freigegeben werden. **Dies trifft aber in Schkeuditz nicht zu. Nur das Hervorkehren des Machtstandpunktes kann die Pfarrer verleitet haben,** den Konfirmandenunterricht nicht nur in zwei, sondern in vier Eckstunden in der Woche zu erteilen. In ihrem Vorgehen finden sie allerdings eine starke Stütze bei der reaktionären Regierung in Merseburg. **Trotzdem wird der Schulvorstand sich abermals beschwerdeführend bis an die höchsten Instanzen wenden.** Die einzige richtige Antwort aber wäre, die Kinder aus dem Religionsunterricht herauszunehmen. — Ein Antrag des Schulleiters eine Haushaltungsschule einzuführen, wurde zugestimmt. Um einen gedeihlichen Unterricht zu ermöglichen, wurde der Anstellung einer technischen Lehrerin zugestimmt.

Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld.

Den Teufel spürt das Völkchen nie... **Man könnte annehmen, daß in Bitterfeld alles in Ordnung ist — so schreibt** uns ein Arbeiter. **Nichts regt sich, von den Betriebsräten hört man nichts und auch die Elternbeiräte sind recht ruhig. Die Arbeiter sind mit ihrem Los anscheinend zufrieden. Oder nicht? Mindestens aber trifft dies zu bei den führenden Sozialdemokraten, die schon längst mit dem Winterschlaf begonnen haben. Wer früher auf den jetzigen Landrat Stammer Hoffnungen gesetzt hatte, hat diese** längst zu Grabe getragen. Und doch sind in Bitterfeld die gleichen mißlichen Verhältnisse wie anderswo. Auch hier herrscht eine beispiellose Teuerung; der Ausverkauf nimmt geradezu krasse Formen an. Der Arbeiter steht im Hintergrunde und kann nicht mit. Kapitalisten und Geschäftsleute füllen sich die Taschen. Die Arbeiter müßten sich viel mehr rühren, wenn sie nicht wollen, daß sie immer mehr ins Elend hinabsinken. **Vor den paar Schupomannschaften, die jetzt hier eingerückt sind, braucht man wirklich keine Bange zu haben. Also Arbeiter, heraus aus der Reserve! Auf, erkämpfe Dir die Menschenrechte, die man Dir auch in Bitterfeld vorenthält!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211114-13/fragment/page=0003
DFG

Piesteritz

Oeffentliche Jugendkartell-Versammlung. An alle jungen Arbeiterinnen und Arbeiter, Lehrlinge und Fortbildungsschüler richtet das Jugendkartell Piesteritz die Aufforderung, die öffentliche Jugendkartell-Versammlung, welche heute, Montag, abend 8 Uhr, im Schützenhaus zu Klein-Wittenberg stattfindet, zahlreich zu besuchen. Genosse Georg Lehmann spricht über das Thema: Warum forde·n wir Lehrlinge Lohnerhöhung? Die wirtschaftliche Not, welche mehr und mehr um sich greift, erfaßt immer größere Teile der proletarischen Jugend. Welche Mittel wir anwenden müssen um dies zu verhindern, dies sollt Ihr in der Versammlung erfahren. Deshalb erscheint in Massen! Auch die erwachsene Arbeiterschaft wird vollzählig erwartet.

Eilenburg.

Kinoseuche. Die Kinos wachsen wie Pilze aus der Erde hervor. Jetzt hat hier das vierte Kino seine Hallen im „Deutschen Haus" eröffnet. Ein Zeichen der Zeit! Man wandert lieber ins Kino, nur nicht in eine Versammlung.

Torgau-Liebenwerda

Prettin

Stahlhelmrummel. Natürlich haben wir hier auch eine Stahlhelm-Orgesch. Die Herrschaften hatten vor kurzem erst eine Festlichkeit, eine Fahnennagelung. Die Köpfe sind ja schon längst vernagelt. Auch von auswärts waren die Spießgesellen herbeigeeilt, um mit den hiesigen Stahlhohlköpfen die „Feier" zu begehen. Auch Sipo war angefordert worden, jedenfalls um zu zeigen, daß man keine Angst hat vor den „Spartakisten". Ein sogenannter „Schwarzkittel" hielt eine Feldpredigt; ob dieser jemals eine Predigt im „Felde" gehalten oder ob er überhaupt jemals eine Front im Kriege gesehen hat, muß stark bezweifelt werden. Natürlich schwamm Prettin in schwarzweißroten Fahnen. Die aufgezogenen Gendarmen machten „schöne" Augen! Ein Gerichtsschreiberlein trat als Vorsitzender des Bundes der Frontsoldaten auf und schwang auf dem Markt eine große Rede. Den Prettinern ist heute noch übel davon! Der Stahlhelm-Hauptmann sagte: Kameraden, seht Euch Eure Führer an, daß es keine Kommunisten sind! (O, wie wird mir!? D. Ber.) Den Vogel schoß aber der Pfarrer ab: „Die an den Herrn glauben, bekommen neue Kraft!" Hoffentlich hat die Prettiner Arbeiterschaft trotz allen Elends noch so viel Kraft, um bei gegebener Zeit die ganze Rasselbande zum Teufel zu jagen. Es wird höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft auf ihre revolutionären Pflichten besinnt.

Elsterwerda

Forderungen der Eisenbahn-Fachbeamten und -Anwärter. Die Ortsgruppe Elsterwerda der Eisenbahn-Fahrbeamten und -Anwärter hat an Landes- und Reichsregierung einen Antrag eingereicht, in dem es heißt. „Die Eisenbahn-Fahrbeamten und -Anwärter haben heute mehr wie früher unter der wilhelminischen Regierung durch die Bevorzugung der Militäranwärter zu leiden. Diese Leute werden nach einhalbjähriger Ausbildungszeit zum planmäßigen Beamten ernannt und werden dann nach abgelegter Prüfung außer der Reihe zum Zugführer befördert. Die Zivilanwärter, die 18 bis 20 Jahre im Eisenbahndienst tätig sind, in allen Beamtendienstzweigen geprüft und Dienst getan haben, müssen zusehen, wie die Militäranwärter ihnen die Stellen wegnehmen. Daß hierüber unter den Zivilanwärtern die größte Erbitterung herrscht, ist wohl selbstverständlich. In Preußen-Hessen besteht heute noch das Gesetz, daß sieben Achtel der Zugführerstellen den Militäranwärtern, ein Achtel den Wagenwärtern vorbehalten sind. Dieses längst veraltete Militärversorgungsgesetz muß mit allen Mitteln bekämpft und abgeändert werden."

Mansfeld

Teutschenthal

Die Arbeiter sollen eingeseift werden! Nachdem das mitteldeutsche Proletariat durch die Hörsingaktion gelähmt worden war, glaubten die kapitalistischen Ausbeuter die Zeit für gekommen, ihrerseits zum Generalangriff gegen die Arbeiter überzugehen. Dabei durfte selbstverständlich auch das Kaliwerk Krügershall nicht fehlen. Aehnlich wie im Leunawerk wurde „verordnet", daß keine Rucksäcke mehr ins Werk genommen werden dürfen. Auch in anderer Weise wurde feste drauflos diktiert. Jetzt begeht man zur Abwechslung andere Wege, um die Arbeiterschaft einzufangen. Der Herr Generaldirektor ist Mitglied des Ehrenausschusses der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur" und will deshalb ganz besonders für die geistige Fortbildung seiner Leute sorgen. Die Liga veranstaltet bekanntlich Vorträge über den Friedensvertrag zu denen der Herr Generaldirektor nun auf seine Kosten Freikarten für die Arbeiter besorgt. Auch die Fahrt dorthin wird vergütet, allerdings nur Proletenklasse! Die Kumpel staunen, wie für sie auf einmal gesorgt wird! Zu solcher Verdummung ist also Geld da! Natürlich wird man es wieder aus den Arbeitern herausschinden. Aber schließlich merkt es auch der letzte Arbeiter, was gespielt wird. Auf dem Werke treiben sich Leute umher, die Dumme einfangen wollen für nationale Arbeiterverbände. Arbeiter, merkt auf! Gebt diesen Elementen die richtige Antwort, eventuell mit Nachdruck, denn sie stehen im Dienste der Kapitalisten. Nicht in nationalen Verbänden, die vom Kapital ausgehalten werden, erreichen wir unser Ziel, sondern nur die Internationale erkämpft das Menschenrecht! Darum, Kollegen, schließt Euch zusammen, stärkt dem Betriebsrat den Rücken. Laßt die „Nationalen" samt dem Herrn Generaldirektor, dessen Liga uns gestohlen bleiben mag, hübsch unter sich. Lest die kommunistische Presse und verschafft Euch Aufklärung. Macht auch keine Ueberstunden, solange es noch Arbeitslose gibt. Tut Eure revolutionäre Pflicht und übt Solidarität gegenüber Euren Klassengenossen, die hinter Kerkermauern schmachten. Schließt Euch zusammen, um die kommenden Kämpfe siegreich bestehen zu können. Seid wachsam!

Sport

T.-V. „Die Naturfreunde". Dienstag, abends 7 Uhr: Musikgruppe im Mozartsaal. Mittwoch (sogen. Bußtag) Treffwanderung für alle Gruppen nach Merseburg. Vormittags Besichtigung der Stadt und des Heimatmuseums. Nachmittags 2 Uhr am Steinzeithaus in Rössen. Dort Vortrag und Besichtigung. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Biologische Arbeitsgemeinschaft im Physikzimmer der Klosterschule. Jugendgruppe im Zeichensaal der Klosterschule. Versammlung. Sonntag, abends 6 Uhr Werbeabend in Passendorf. Montag, abends 7½ Uhr, Lichtbilder-Vortrag im Großen Saale des Volkspark. Vierwaldstättersee, von Gen. Escher-Zürich.

Jetzt beginnt das gr. Propaganda-Werbe-Ausschreiben

für Schuhputz „Nigrin" und Seifenpulver „Schneekönig".

Erster Preis Mk. Zwanzigtausend in bar.

Verlangen Sie in den einschlägigen Geschäften einen „Werbebogen", der alle Anweisungen enthält.

K · P · D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 32443, Oskar Fiedler, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Alle Distriktsführer heute, Montag, Material abholen im Bureau, Lerchenfeldstraße 14.

Heute, Montag, abend 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Rednerabend.** Genosse Wilhelm Koenen spricht über: „Außenpolitische Probleme". Alle Funktionäre der Partei haben zu erscheinen.

Dienstag, den 15. November, abends 7 Uhr, im Bureau, Lerchenfeldstraße: **Vorstandssitzung.** Ohne Entschuldigung darf niemand fehlen.

Mittwoch früh 9½ Uhr in allen Distrikten: **Flugblatt-Verbreitung.** Pflicht aller Genossen ist es, an der Verbreitung teilzunehmen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Schiepzig. Mittwoch, den 16. November, abends 7 Uhr, bei Dorenberg: **Mitgliederversammlung.**

Brachstedt. *1360

Mittwoch, den 16. November (Bußtag):

Proletarischer Unterhaltungs-Abend.

Alle Freunde und Gönner sind herzlichst willkommen.

Der Reinertrag fällt der „Roten Hilfe" zu.

KPD., Brachstedt.

Volkspark (großer Saal).

Mittwoch, den 16. Oktober 1921 (Bußtag), von nachmittags 3½ Uhr an: 1347

Konzert und Ball

vom Vereinigten Philharmonischen Orchester.

Hausfrauen!

Kauft nur in den Geschäften, welche im „Klassenkampf" inserieren.

4123

U.T

Leipziger Str. 88

Lotte Neumann

in dem Schauspiel in 4 Akten

Der ewige Kampf

Zwischen den Dreien

Schauspiel in 5 Akten mit **Erich Kaiser-Titz.**

Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade 11a

Ossi Oswalda

in dem Lustspiel in 5 Akten

Amor am Steuer

Der Mann aus d. Westen

Großer amerik. Gesellschaftsfilm in 5 Akten.

Beginn 4 Uhr.

Bußtag geschlossen.

In ½ Stunde vernichten Sie unter Garantie **Kopf-, Filz- und Kleider-Läuse** sow. Brut (Niss.) **Wanzen, Flöhe** b. Mensch. u. Tier. **„Riesolda"**, g. gesch. Mitt. Wund. unschädl. Verk. nur: **Schurig,** Steinweg 10. Postv. Preis: 5 und 7,50 Mk. 1280

Stadt-Theater.

Dienstag, den 15. November:

Nichtöffentliche Vorstellung

Mittwoch: 4122

Die versunkene Glocke.

Musikdrama v. Heinr. Zöllner.

„Freie Bühne"

Halle (Saale).

Mittwoch, den 16. November (Bußtag), im „Volkspark" (Theatersaal):

Unterhaltungs-Abend

bestehend in Mandolinenkonzert und Theateraufführung:

Das 7. Gebot!

Sittendrama in 4 Akten.

Einlaß 6½ Uhr, Anfang 8 Uhr.

Karten sind zu haben im „Volkspark", Volksbuchhandlung, Harz 42-44, u. bei sämtlichen Mitgliedern. 4119

Grudeöfen 1281

in allen Größen und Ausführungen wieder lieferbar.

August Domke,

Fabrik für alle Blecharbeiten

Halle a. d. S., Taubenstr. 9.

Autogen. Schweißen u. Schneiden.

Werbt für den „Klassenkampf".

Nicht Täuschung und Schmuserei macht's, sondern nur die Leistungsfähigkeit.

Max Schultze, Moritzzwinger 3

bietet heute an: 4120

Fetten geräucherten Speck, das Pfd. **21,50 Mk.**

Delitzsch.

Achtung, Eisenbahner!

Hosen in schwarz, Tuch, Kammgarn, Englisch Leder, **Militär-, Zivil-** und **Manschester-Anzüge, Hosen** aller Art, in reicher Auswahl. *1361

Nachweislich die billigsten Preise.

Moritz Kage, Bismarckstr. 13

Restaurant Produktiv-Genossenschaft

Lerchenfeldstraße 14

empfiehlt seinen kräftigen

Mittag- und Abendtisch.

Das Glas Bier 2,00.

Berichtigung.

In dem Inserat von **Kurt Zöhl,** Kleine Ulrichstraße 26, am vergangenen Sonnabend, muß es heißen: F

Zahle für **Ziegenfelle** v. **80—180 Mk.** das Stück.

Verloren!

Eine Geldtasche mit über 1500 Mk. Inhalt.

Der ehrliche Finder wird im Interesse des armen Rollkutschers um Abgabe gegen Belohnung an die Firma **G. Vester,** G. m. b. H., gebeten. 4118

Demnächst erscheint:

Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunist. Internationale

E. VARGA

STEUERFRAGEN UND STEUERPOLITIK

INHALT: Steuern und Gesellschaftsformen / Die Grundbegriffe der Steuerlehre / Die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien

24 Seiten **Preis Mk. —.30**

Zu beziehen durch

CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11

sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

*1340

Kinderbettstelle mit Matratze zu verkaufen. 4121

Raeithel, Große Gosenstraße 14, Hof I.

Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherung.

Alte eingeführte deutsche Feuer-Versicherungs-Gesellschaft sucht für Halle und Umgegend **fleißigen Hauptagenten.** Angebote unter **Kl. 3** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. *1363

Zimmer,

möglichst im Süden, **sofort gesucht.** Gefällige Offerten erbeten unter **M. B.** an die Expedition d. Zeitung. 4124

Vorwärts, Genosse,

du hast deinen Anteilschein zur Produktiv-Genossenschaft noch nicht voll gezeichnet, hole es in diesem Jahre noch nach!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211114-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 14. November 1921

Betriebsräte-Vollversammlung

Am Sonntagvormittag fand im „Volkspark" eine Vollversammlung der Hallischen Betriebsräte statt. Als ein besonderes Ereignis kann die Versammlung nicht angesehen werden; auch der Besuch ließ zu wünschen übrig. Die Betriebsräte sind zu sehr durch das Betriebsrätegesetz gebunden und können sich nicht so entfalten, wie es im Interesse der Arbeiterschaft geboten wäre. Diese engegezogenen und kautschukartigen Bestimmungen lasten ständig auf ihnen wie ein Alp.

Ein interessantes Thema behandelte der Arbeitersekretär Genosse Grabow, der über die Versicherungsgesetze (Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung) sprach. Er erläuterte an Hand verschiedener Beispiele wie der Arbeiter vorzugehen hat, um gegebenenfalls zu seinem Rechte zu gelangen. Das Referat brachte eine ganze Anzahl Fingerzeige für die Betriebsräte, die sie in den Betriebsversammlungen bei Gelegenheit verwenden können. — An das Referat schloß sich eine rege Aussprache, in der lediglich Auskünfte über Fälle aus der Praxis gewünscht wurden.

Den Bericht über die letzte Betriebsrätekonferenz erstattete Betriebsrat Freiberg. Er sowohl wie die folgenden Diskussionsredner sind von der Konferenz nicht befriedigt. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeige immer mehr, daß anders gearbeitet werden müsse als es bisher der Fall war. Der ADGB. wurde aufgefordert, die angestrebte Stinnesierung staatlicher Einrichtungen unter allen Umständen zu verhindern. Bericht und Aussprache zeigten keine besonderen beachtenswerten Momente. Der Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Wielepp über Rechte und Pflichten des Betriebsobmannes in Kleinbetrieben wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Unter „Verschiedenes" begründete ein Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine eingebrachte Entschließung, die debattelos einstimmig angenommen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die am 13. Nov. 1921 im „Volkspark" tagende Betriebsrätevollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräteorganisation im Bezirk Halle (Saale) nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß das Oberversicherungsamt im Reg.-Bez. Merseburg systematisch versucht, den Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Halle (Saale) von Verhandlungen über Regelung der Besoldung der Angestellten bei genannter Krankenkasse auszuschalten. Die Haltung des Oberversicherungsamtes erscheint um so unverständlicher, als der Vorsitzende desselben gleichzeitig Demobilmachungskommissar im Reg.-Bez. Merseburg ist und als solcher darüber zu wachen hat, daß der Verfassung, dem Betriebsrätegesetz und anderen Arbeiterschutzgesetzen und -Vorschriften Anerkennung widerfährt.

Nach § 165 der Reichsverfassung sowie nach § 78 des Betriebsrätegesetzes wird den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung der Gehälter und sonstigen Arbeitsbedingungen zugesichert. Dieses Recht wird dem Betriebsrat ferner auch durch die für die Krankenkassenangestellten gültige und vom Oberversicherungsamt bereits genehmigte Dienstordnung (§ 28) garantiert. Nach § 8 des Betriebsrätegesetzes müssen auch die Vertreter der wirtschaftlichen Organisationen zu den Verhandlungen zugezogen werden, sofern dies gefordert wird.

Die Betriebsräte-Vollversammlung billigt die vom Betriebsrat bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Halle (Saale) **in dieser Angelegenheit eingenommene Haltung und gelobt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Anerkennung des** Betriebsrates durch das Oberversicherungsamt Merseburg einzutreten. Sie fordert:

1. Hinzuziehung des Betriebsrates der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle zu den demnächst in Halle stattfindenden Verhandlungen.

2. Hinzuziehung der Organisationsvertreter.

3. Eine strenge Untersuchung und Beseitigung desjenigen Staatsbeamten, der wider Gesetz und Recht die Interessenvertretung der Angestellten an der Ausübung der ihr durch das Gesetz auferlegten Pflichten hindert und durch seine herausfordernde Haltung die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen heraufbeschwört.

Abschriften dieser Entschließung sind dem Oberversicherungsamt Merseburg, allen preußischen und Reichsministerien und allen interessierten Stellen zuzusenden.

Zum Schluß wurden noch einige Mitteilungen bekanntgegeben. Am Bußtag findet im U.-T.-Lichtspieltheater (AltePromenade) ein vom Gewerkschaftskartell veranstalteter Goethe-Abend statt. In Sachen der Kartoffelverschiebung auf dem Hallischen Güterbahnhof hat der Reichsminister für Wiederaufbau geantwortet, daß es sich dabei um Saatkartoffeln für die zerstörten Gebiete gehandelt habe, zu deren Lieferung Deutschland verpflichtet sei. Die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte hat zu Beihilfen 300 000 Mk. bereitgestellt, die in Naturalien verteilt werden sollen. Nähere Bekanntmachung erfolgt noch. Auf Wunsch werden den Gruppenräten Exemplare über die Abänderungen, wie sie in der Novelle zum Betriebsrätegesetz vorgesehen sind, übermitelt, um Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Auf eine Anfrage, ob am Bußtage gearbeitet würde, erklärte Gewerkschaftssekretär Wielepp, daß das Bezirkskartell einen diesbezüglichen Antrag an die Regierung weitergegeben hat. Derselbe kann aber nur im Wege der Gesetzgebung erledigt werden, was infolge der Kürze der Zeit nicht mehr geschehen könne. Nach Lage der Sache gilt der Bußtag heuer noch als Feiertag. (Wir berichten über die Angelegenheit im Provinzteil der vorliegenden Nummer. D. Red.) Die Konferenz war um ½2 Uhr beendet.

Rednerabend der K. P. D.

Zu dem heute abend in der Produktivgenossenschaft stattfindenden Informationsabend müssen alle Funktionäre der Partei und alle rednerisch befähigten Genossen erscheinen. Genosse Wilhelm Koenen wird die außenpolitischen Probleme behandeln.

Eine Ausbeutungsanstalt

allerschlimmster Sorte ist die Metallwarenfabrik von Gasper in der Magdeburger Straße 27. In diesem Betriebe werden außer einem Schlosser nur weibliche Personen beschäftigt. Es versteht sich von selbst, daß die Löhne, die dort gezahlt werden, nicht im entferntesten an die Tariflöhne heranreichen. So bekommen die Mädchen, die außerdem noch schikaniert werden, Hungerlöhne von 1 Mk. bis 1,75 Mk. die Stunde. Kürzlich wagten es einige Mädchen, sich brieflich an ihren Chef zu wenden, und ihn um eine Erhöhung des Stundenlohnes zu bitten. Anstatt den berechtigten Forderungen näher zu treten, oder sich in Verhandlungen mit ihnen einzulassen, wurden zwei Mädchen herausgesucht und sofort gekündigt, da sie „nur die anderen Mädchen aufhetzten und aufwiegelten".

Daß in solchen Betrieben sich auch immer die richtigen Menschen finden, die dem Unternehmer bei der schamlosen Ausbeutung behilflich sind, trotzdem sie ebenfalls nur Proletarier und auf die Gunst des Unternehmers angewiesen sind, ist zwar sehr traurig, aber in dem kapitalistischen Profitsystem begründet. Der Meister, der in diesem Betriebe durch seine Antreiberei für die hohen Profite **des Herrn Gasper sorgt, ist nebenberuflich (er unterhält noch ein** kleines Schokoladengeschäft in der Kleinen Ulrichstraße) auf die Arbeitergroschen angewiesen. Das hindert ihn aber nicht, die Mädchen, weil sie „faul" sind und „nicht genügend schaffen", auf die Straße zu werfen. Aengstlich wird auch darüber gewacht, daß sich die Mädchen keiner Organisation anschließen. Es wäre notwendig, daß sich der Metallarbeiterverband einmal um diesen Betrieb kümmert und für andere menschenwürdige Behandlung und eine bessere Entlohnung sorgt.

*** Die Bezirksleitungssitzung am Dienstagabend fällt aus.**

*** Ein Zwanzigmarkstück = 850 Papiermark.** Die finanzielle Katastrophe treibt mit Riesenschritten ihrem Ende entgegen. Es wird gemeldet: Der Ankauf von Gold durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 14. bis 20. dss. Mts. im Preise von 850 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 425 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

*** Kommunistische Kindergruppe.** Heute abend ½7 Uhr, Abrechnung und Ausgabe von Zeitschriften in der Produktiv-Genossenschaft.

*** Sonderveranstaltungen des Gewerkschaftskartells.** Nach der beifälligen Aufnahme der ersten Vorstellung, die das Gewerkschaftskartell im Stadttheater veranstaltete, sollen diese Veranstaltungen fortgesetzt werden. Am Dienstag, dem 22. November, gelangt im Stadttheater zur Aufführung das Lustspiel „Im weißen Rössl". Diese Aufführung wird am Freitag, dem 25. November, wiederholt. Eintrittskarten zu diesen beiden Vorstellungen können am Montag, dem 14. November, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, und die folgenden Tage im Arbeitersekretariat, Harz 42—44 entnommen werden. Preise der Plätze: Sessel, Sperrsitz, 1. Platz, 1. Ring vordere Reihen 7,50 Mk., 2. Platz, 1. Ring hintere Reihen, 2. Ring vordere Reihen 5 Mk., 2. Ring hintere Reihen, 3. Ring 3,50 Mk. Die Betriebe werden ersucht, Kartenbestellungen (getrennt für beide Aufführungen) auf Listen zu sammeln und die bestellten Karten dann abholen zu lassen. — Einen Goetheabend veranstaltet das Gewerkschaftskartell am Bußtag (16. November, abends um 7 Uhr) im Saal der U.-T.-Lichtspiele (Astoria), Alte Promenade, an der Kleinen Ulrichstraße. An dieser Veranstaltung werden namhafte Künstler des Stadttheaters mitwirken, die Werke von Goethe als Rezitation oder Gesang zum Vortrag bringen. Das Gewerkschaftskartell ersucht die Gewerkschaftsmitglieder um Unterstützung durch Abnahme von Eintrittskarten. Für den Preis von 4 Mk. den jede Eintrittskarte kostet, wird ein künstlerischer Abend gewährleistet. Diese Eintrittskarten sind ebenfalls ab Montag, den 14. November, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, im Arbeitersekretariat zu haben. Die Betriebsräte werden ersucht, für diese Veranstaltungen in den Betrieben Propaganda zu machen.

*** Union der Hand- und Kopfarbeiter,** Unterbezirk Halle. Am Dienstag, dem 15. November, abends 7½ Uhr, Lerchenfeldstraße 14, Versammlung für alle in der Privatindustrie beschäftigten Mitglieder. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, müssen alle Mitglieder anwesend sein.

*** Das erste Hallische Mandolinen-Orchester** unter der Leitung des Kapellmeisters H. Kirchhoff, veranstaltet am Sonnabend, dem 19. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volksparkes" einen Volksmusik-Abend, mit Ferd. Kollmaneck (Leipzig) und Felix Adam (Hannover) als beste Zither- und Mandolinenspieler Deutschlands. (Alles Nähere siehe Inserat.)

Nietleben

Ein Lichtbildervortrag über Wohnungsnot und Mieterelend fand am Mittwochabend in der „Sonne" statt. Der erste Vorsitzende des Mieterverbandes Hannover, Terstegen, zeigte die furchtbaren Gegensätze zwischen den Wohnungen und **Palästen unserer Ausbeuter und den elenden Hütten der hungernden Proletarier.** Er betonte, daß das Wohnungsproblem von der kapitalistischen Gesellschaft nicht gelöst werden könne, nur die Arbeiter selbst könnten es lösen. Um die notwendigen Vorbereitungen zu treffen und sich in erster Linie gegen die Versuche der Hausbesitzerklasse, alle Lasten auf die Mieter abzuwälzen, zu wehren, müßten sich alle Mieter in dem Mieterverband organisieren, da dadurch den organisierten Hausbesitzern der erfolgreichste Widerstand entgegengesetzt werden könne. — Es wurde dann ein Antrag angenommen, durch den die Ortsgruppe Nietleben an den Mieterverband Hannover angeschlossen wird. In dieser Organisation bekommt jedes Mitglied bei Mieterstreitsachen kostenlos Rechtsbeistand und Rat. — Zum Schluß wurden noch einige örtliche Wohnungsfragen besprochen. Mieter, tretet dem Mieterverband bei und macht ihn zu einer Organisation, die die Hausbesitzer mit ihren reaktionären Plänen in Schach halten kann!

Zscherben

In einer öffentlichen Versammlung sprach am 6. November Genosse Weyer aus Halle über die deutsche und die russische Revolution. In seinen Ausführungen wies er die Perspektiven der russischen Revolution zur Befreiung der Arbeiterschaft aus Knechtschaft und Ausbeutung auf und stellte dem gegenüber die „Errungenschaften" der deutschen Revolution, von denen nichts mehr vorhanden sei. Die „Errungenschaften" seien alle soweit abgebaut, daß heute das Unternehmertum frecher triumphiere als in der Vorkriegszeit. Der Redner betonte dann die Notwendigkeit der Einheitsfront des Proletariats, die im Kampfe die Offensive des Unternehmertums und der Reaktion brechen müsse. Nach einer kurzen Diskussion zeigte der Redner, wie das klassenbewußte Proletariat jetzt überall die bevorstehenden Kämpfe vorbereiten müsse, um die Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Keiner dürfe diese Kleinarbeit scheuen. Denn es handele sich um nichts weniger als um die Existenz der arbeitenden Massen.

Ammendorf

Wie die Munitionsanstalt in Beesen verschoben werden soll. Im Jahre 1919 wurde die Munitionsfabrik Beesen, die in der Gemarkung Ammendorf liegt, durch das Reich geräumt. Seit dieser Zeit bemüht sich die Gemeinde Ammendorf, das etwa 17 Morgen große Gelände mit den vielen Gebäuden, Schuppen usw. anzukaufen, um der großen Wohnungsnot durch den Ausbau der Gebäulichkeiten abzuhelfen. Inzwischen sind zwei Jahre verflossen und der Wert ist während dieser Zeit sicher nicht gestiegen. Im Gegenteil. Der Zerfall der Gebäude schreitet von Tag zu Tag fort. Wenn man die Munitionsfabrik heute sieht, so könnte man der Auffassung sein, daß es in Deutschland gar keine Wohnungsnot gibt, so verfallen ist bereits heute alles. Die Leute in der Regierung und bei den untergeordneten Behörden aber sind durch andere Dinge derart in Anspruch genommen, daß sie gar keine Zeit finden, sich um solche wichtigen Fragen zu kümmern. Zum ersten Male wurde im Juni d. J. der Verkauf des Gebäudes öffentlich ausgeschrieben. Das Kaufangebot machte damals die Gemeinde Ammendorf mit 240 000 Mk., die die Munitionsfabrik zu Wohnungen ausbauen wollte. Die Gemeinde aber erhielt den Zuschlag nicht. Von anderer Seite wurden später 10 000 Mk. mehr geboten. Die Gemeinde Ammendorf erklärte sich bereit, auch die 10 000 Mk. noch zu bezahlen, da ihr eben an der Erwerbung des Grundstückes zur Behebung der Wohnungsnot etwas lag. Im September wurde der Gemeinde von dem Vermögensamt in Halle mitgeteilt, daß ein weiteres Angebot von 20 000 Mk. mehr vorliege und ob die Gemeinde auch jetzt noch dasselbe Interesse an dem Grundstück habe. Dadurch ist natürlich die Geduld der Gemeinde auf eine harte Probe gestellt. Man wird durch diese angewandten Methoden den Eindruck nicht los, daß es sich hier um ein regelrechtes Schiebergeschäft handelt. Entweder will man aus der Gemeinde noch eine höhere Summe herauspressen, oder man will das Gebäude an Privatspekulanten verschachern. Das ganze Verfahren paßt so recht in den Rahmen der deutschen Schieberrepublik. Wir sind einmal neugierig, wem der Zuschlag nun erteilt wird.

Als Kapitalsknechte lassen sich auch die unteren Beamten mißbrauchen. Das mußten die Arbeiter des Schachts 7 der Grube von der Heydt wieder einmal feststellen, die im Zechensaale zwei Plakate (für die Rußland- und für die Rote Hilfe) ausgehängt hatten. Während die Arbeiter im Schacht waren, wurden diese Plakate von den Beamten entfernt. Die Belegschaft ist darüber ganz empört und sieht darin eine freche Herausforderung. Daß Beamte, die genau so hungrig sind und so schwer um ihre Existenz kämpfen müssen wie die übrige Arbeiterschaft, sich zu solchen Handlungen mißbrauchen lassen und das Solidaritätsgefühl der Arbeiter mit den Hungernden in Rußland und mit den Opfern der blutigen Hörsingschen Märzaktion dadurch verletzen, ist tief bedauerlich. Auch sie sollten bald wissen, daß ihre Lage nur durch die Einheitsfront des gesamten Proletariats, der Hand- und Kopfarbeiter, gebessert werden kann.

Lochau.

Erweiterung der Schachtanlagen auf Grube Hermine Henriette II. Die A. Riebeckschen Montanwerke A.-G. in Halle beabsichtigen eine Erweiterung der Schachtanlagen ihrer Grube Hermine Henriette II bei Lochau und erwirbt zu diesem Zwecke neue große Kohlenfelder in dieser Gegend.

Aus der Provinz

Stillegung von Kaliwerken.

Die zum Winterhall-Konzern in Kassel gehörigen Kaligewerkschaften Johannashall und Wils hielten, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, in Kassel ihre Gewerkenversammlung ab und beschlossen, die Werke bis zum 31. Dezember 1953 freiwillig stillzulegen. Generldirektor Rosberg erklärte, daß es nicht möglich sei, die Betriebe auf Johannashall und Wils gewinnbringend aufrecht zu erhalten. Bergassessor Dr. Hecker von Wintershall ergänzte diese Ausführungen des Generaldirektors und betonte, daß durch die Stillegung der Wert der Substanz der Werke erhalten bleibt. Die Gewerkenversammlung erteilte dem Grubenvorstand Vollmacht, allen über die Stillegung und über die bestmöglichste Auswertung der Quoten und der vorhandenen Werkanlagen erforderliche Beschlüsse zu fassen und durchzuführen.

Der Profit über alles! Läßt dieser nach oder wirft der Betrieb überhaupt nichts mehr ab, dann hat der Kapitalist keinerlei Interesse mehr daran. Die Arbeiter werden dann aufs Pflaster geworfen und können zusehen, wie sie am schnellsten verhungern können. Der Kapitalist hat für sich und seine Nachkömmlinge gesorgt; er hat soviel aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden, daß die Herrschaften um ihre Zukunft nicht zu bangen brauchen. Aber die Rechnung der Unternehmer hat ein Loch: die Arbeiter werden eines Tages mit dem Geldsack aufräumen und auch die Kapitalisten zwingen, zu arbeiten. Sie werden das um so eher tun müssen, als die Regierung dieser Unternehmer-Sabotage am Wirtschaftsleben untätig zusieht. Bei den Arbeitern handelt es sich dabei um ihre Existenz, auf die sie ein unbedingtes Anrecht haben.

---

3. Quittung des Arbeiter-Hilfs-Komitees für Sowjet-Rußland, Halle-Merseburg

Sammlungen: Herbstfeier der Zimmerer, Merseburg, 40,15 Mark; Osterfeld d. O. S. O. 50 Mk.; Gemeindevertretung Sennewitz 200 Mk.; Radfahrerverein Sennewitz 90,50 Mk.; Nietleben 900 Mk.; Schmiedeberg 100 Mk.; Zeitz 331 Mk.; Stickstoffwerke Wittenberg, Listen 2 bis 8 1325 Mk. Metallarbeiterverband Wittenberg 1000 Mark; Halle 1022,50 Mk.; Ueberschuß Bunter Abend Hoffmanns Rote Sänger, Bitterfeld, 204,85 Mk.; Volksversammlung Bitterfeld 216,25 Mark; Selau 33,50 Mk.; Artistenklub, Weißenfels, 25 Mk.; Kürschnerei Dettmar, Weißenfels, 100 Mk.; Wolfen (von Kindern gesammelt) 360 Mk.; Thalheim 505 Mk.; Extratour Senndorf-Naßberg 101 Mk.; DMV., Eisleben, 400 Mk.; Maring, Greppin, 10 Mk.; Augsdorf 150 Mk.; Mühlberg 200 Mk.; Halle 1470 Mk.; Radfahrerverein Wanderlust, Halle 65,25 Mk.; Ermsleben 5,80 Mk.; Brehna (Restbetrag) 52 Mk.; Benndorf 25 Mk.; Otto Jäntsch 200 Mk.

Marken: Döllnitz 330 Mk., Merseburg 315 Mk.; Sangerhausen 280 Mk.; Belegschaft der Ver. Aluminiumwerke, Bitterfeld, 755 Mk.; Bitterfeld 170 Mk.; Zscherben 285 Mk.; Wolfen 400 Mk.; Delitz am Berge 100 Mk.; Dürrenberg 125 Mk.

Karten und Broschüren. Helbra 80 Mk.; Weißenfels (Karten 75 Mk., Broschüren 75 Mk.); Kommunistische Jugend Bitterfeld 105 Mk.

Arbeiter-Hilfe für Sowjet-Rußland,
Bezirkskomitee Halle-Merseburg, Fiedler.

„Rote Hilfe"

12. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge.

Listen: Nr. 22 538 Neubau Hackebarth u. Ko. Weißenfels, 75 Mk.; 22 545, Bauarbeiter, Weißenfels, 26,50 Mk.; 22 810, Betrieb Albin Taatz, 114 Mk.; 22 810, Belegschaft Firma Bühring, Landsberg, 397 Mk.; 22 725, Ortrand, 41 Mk.; 23 107, Rauchklub „Blaue Wolken", Halle, 61 Mk.; 23 102, Arbeiter-Gesangverein Gröben 46 Mk.; 23 102, Schießgesellschaft Gröben, 67 Mk.; 23 102, Arbeiter-Turnverein Gröben, 271,70 Mk.; 18 326, Falkenberg 50 Mark; 22 892, Groß-Kayna, 130 Mk.; 22 577, Weißenfels, 150 Mk.; 23 106, Rauchklub, 26 Mk.; 23 102, Versammlung Gröben 46 Mk.; 23 102, Arbeiter-Turnverein Gröben, 62,45 Mk.; alte Listen von Falkenberg 271,70 Mk.

Sammlungen: Tellersammlung Arb.-Gesangverein „Cecilie" in Wolferode 100,50 Mk.; Verlobungsfeier Genosse Wetzien, Eisleben, 36 Mk.; Siersleben, Schnellmann, 19 Mk.; Radfahrerverein „Solidarität" Nietleben 70,50 Mk.; Turnverein Nietleben 89,50 Mark; Fabrikarbeiterverband Weißenfels 200 Mk.; Streikende Bauarbeiter Weißenfels 4 Mk.; Verein Heiterkeit Langendorf 22,05 Mk.; öffentliche Versammlung Langendorf 45,60 Mk.; Sammlung Bergarbeiter-Ball Petersberg 70 Mk.; Metallarbeiter Elsterwerda, durch Hinterlach, 49,30 Mk.; Zschackau 30,40 Mk.; Gesangverein Naundorf 120 Mk.; Herbstfeier der Zimmerer Merseburg 75 Mk.; Gemütliches Beisammensein Arbeitersängerchor Halle 26,40 Mk.; Nietleben 65 Mk., Mochau 76 Mk.; M. G., Merseburg, 20 Mk.; Walter Amma, Weißenfels, 20 Mk.; Bödecker, Selau 33,50 Mk.; Vergnügen des Arbeiter-Schießvereins Brodau 43,55 Mk.; Dölau 500 Mk.; Arbeiter-Radfahrer Rattmannsdorf 320 Mk.; Sammlung Restaurant Schwarzkopf 17 Mk.; Spende Personal Produktivgenossenschaft 38 Mark; Arbeiter-Radfahrer-Bund Schladebach 103 Mk.; Unbekannt 50 Mk.; Thalheim 118 Mk.; Greppin 20 Mk.; Delitzsch 45 Mk.; Senefelder Feier der Lithographen und Steindrucker, „Gesellschaftshaus Diemitz", 115,50 Mk.; Radfahrer von Leitewitz 100 Mk.; Radfahrer von Wanderlust, Halle, 65,25 Mk.; Benndorf 5 Mk.; Ueberschuß Vergnügen Arbeiter-Radfahrer-Klub Brachwitz 352 Mk.; Naturfreunde Halle (Unterhaltungsabend „Volkspark") 740,65 Mk.

Karten: Weißenfels, Seitz, 100 Mk.; Schmiedeberg 13 Mk.; Amsdorf 47 Mk.; Delitzsch 50 Mk.; Döllnitz 25 Mark.

Marken: Merseburg (Rest) 4 Mk.; Wolfen 88 Mk.; Alsleben 375 Mk.; Brachwitz 250 Mark.

Beiträge der Angestellten des Bezirks für September, Oktober, November: Schumann 300 Mk., Fiedler 215 Mk., Reichert 70 Mk., Pleul 60 Mk., Müller 20 Mk., Dippe 300 Mk., Reimann 50 Mk., Schmidt J. 215 Mk., Lademann 215 Mk., Sachse 215 Mk., Buhler 215 Mk., Biegholdt 70 Mk., Tominski 295 Mk., Briea 75 Mk., Schumann, Anna, 30 Mk., Mogel 215 Mk., N. N. 140 Mk., Binner 95 Mk., Schmidt L. 20 Mk., Kuhn 100 Mk., Dörbeck 35 Mk., Schneidewind 35 Mk., Schmöller 75 Mk., Schäffner 75 Mk., Wipprecht 145 Mk., Schmidt G. 215 Mk., Schippa 70 Mk., Behr 215 Mk., Heyer 70 Mk., Lohse 50 Mark

Bezirksleitung KPD. Halle-Merseburg.
Abteilung Kasse: Fiedler

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211114-13/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Der alte Perdrix.

8] Roman von Charles Louis Philippe.

Gegen sieben Uhr morgens kam der Stellmacher Limousin vorbei, der bei Pierre Bousset arbeitete. Er machte vor der Bank Halt, reckte sich und gähnte ein letztesmal, bevor er sich an die Arbeit begab. Der Alte sagte: „Rentier zu sein, ist besser!" und Limousin: „Wahrhaftig, schließlich muß ihnen doch das Hinterteil von dem ewigen Rumsitzen wehtun . . ."

Dann ging er weiter, aber so, als ginge er einen Schritt vorwärts und zwei zurück.

Kurz darauf kamen die Milchhändlerinnen: „Donnerwetter, die Locken! Kommen Sie doch mal her, damit ich Ihnen 'nen Kuß gebe!" Die Milchfrauen haben es immer sehr eilig. Sie antworteten im Vorbeilaufen: „Warten Sie nur, wenn ich das Ihrer Alten erzähle."

Um neun Uhr kam ein Bedienter, der das Pferd seines Herrn auf die Wiese führte: „Nun, Meister Hippolyte, es geht also hinaus." Hippolyte sagte: „Das arme Tier hat es auch nötig. Es war gestern unterwegs gewesen, hat einen Wagen mit 'ner Unmenge Menschen ziehen müssen!" Der Alte antwortete: „Was ist da zu wollen, es gehört ihnen doch mal." Wenn Hippolyte wieder zurückkam, setzte er sich auf die Bank, rückte zu Vater Perdrix heran, klopfte ihm auf den Schenkel und sagte leise zu ihm: „Gestern habe ich einen tüchtig abgeführt. Sagte da jemand zu mir: „Deine Herrschaft wird es auffessen, wenn es zu alt sein wird." Ich antwortete ihm: „Sie werden schon immer etwas zu brechen und zu beißen haben, während du immer nur ein Hungerleider bleiben wirst."

So lebte er auf seiner Bank, vor seiner Mauer. Mitunter war er nachdenklich, beugte sich vornüber, spreizte die Beine auseinander und starrte auf den Erdboden zwischen seinen Holzschuhen. Die leisen Bewegungen in der Luft, die Veränderungen auf der Straße, die Farbe der Stunden und ihr Klang, das Weben der Jahreszeiten, alles, was man sieht, alles, was besteht, selbst wenn es keine deutliche Erscheinung, selbst wenn es kein wichtiges Ereignis war, drang in seinen unbeschäftigten Geist, um sich dort festzusetzen. Während der warmen Tage beschäftigte ihn etwa solch ein Gedanke: „Du lieber Gott, die Fliegen sind aber auch nie so bösartig gewesen, wie heute!" Kam jemand, der sich neben ihn setzte, so stürzte er sich auf ihn, sagte zwar nicht viel, weil er nichts zu sagen wußte, genoß aber die Gegenwart eines Gefährten, wie man ein Abenteuer genießt. Und plötzlich, wenn der andere gehen wollte, rief er: „Aber Sie haben ja noch viel Zeit." Mittags stand er umständlich auf, um essen zu gehen, aber er tat es mit dem wehmütigen Empfinden eines Mannes aus dem Volke, dessen einziges Vergnügen im Essen besteht und den das Brot, die Kartoffeln und das Wasser daran gemahnen, daß er vor seinem Ende nichts mehr zu erwarten hat.

Es war da eine Geschichte passiert, die einen starken Eindruck auf ihn machte. Der Vater Lomet war ein alter Holzschuhmacher, mager, klein, fleißig, der, nachdem er sein ganzes Leben lang Holzschuhe zugeschnitten, hergerichtet und ausgehöhlt hatte, mit fünfundsechzig Jahren das Elend in den Knochen spürte. Er bekam rheumatische Schmerzen, die sich in den Gelenken festsetzten und die seine Bewegungen behinderten, wie Tiere, die einen überwachen. Der Arzt sagte zu ihm: „Sie müssen sich ausruhen, spazieren gehen, frische Luft einatmen." Er suchte oft den Vater Perdrix auf, kam mit seinem großen gebogenen Stock, machte fünf oder sechs Anläufe, um sich zu setzen und stöhnte dabei wie ein Bäcker.

„Ach, mein armer Vater Perdrix, man hat schon sein Kreuz!" — „Mein armer Vater Lomet, man gehört zu den Alten. Man wird erst dann glücklich sein, wenn man im Loch liegt." Das war eine Unterhaltung, die ihnen zusagte: „Ich mag nicht betteln," sagte der Vater Lomet. „Ich werde wohl Schluß machen müssen." Er schaute den Kindern zu, die um die Bank herum spielten und die mitunter weinten: „Wie dumm doch die Kleinen sind! Brauchen nur den Schnabel aufzutun, damit man ihnen das Brot hineinstopft. Wäre ich an ihrer Stelle, ich würde nicht Piep machen!" Eines schönen Tages hatte er genug, seine Frau konnte auch nicht mehr arbeiten, und er wollte sich nicht von seinem Schwiegersohn ernähren lassen. In der Stadt gab es eine Pferdeschwemme. Er stand um vier Uhr auf und sagte zu seiner Frau: „Ich kann nicht schlafen. Ich will ein wenig ausgehen. Adieu!" Es fiel ihm übrigens recht schwer, bis zu dem Tümpel zu gelangen. Plumps! . . . Diesmal brauchte er nicht erst fünf oder sechs Anläufe zu nehmen. Das war ein stolzer Mann.

Der andere hockte auf seiner Bank weiter und verstand die Lehre. Wenn ein Vornehmerer vorbeiging, spürte er schon im voraus seinen leichteren Schritt, jenen Schritt, der gebohnertes Parkett gewohnt ist. Er suchte einen Blick zu erhaschen, wie man den Blick eines Königs zu erhaschen sucht, bog sich etwas nach vorn und lüftete mit einer pathetischen Geste seinen Hut. Er war sich seiner Faulheit und Feigheit bewußt, und bei der Beerdigung dachte er: „Mich sollte man ebenfalls einscharren!"

Bisweilen baten ihn die Nachbarn um einen Dienst. Da war der Junge von Mathiaud, dessen Vater ein braver, aber immer kranker Mann war, den die Mutter jedoch alle möglichen schlechten Angewohnheiten hatte annehmen lassen. Er sah einen von der Seite an mit Augen, die Furcht einflößten, und litt an epileptischen Krämpfen. Wenn er allein mit seiner Mutter war, stritt er mit ihr und schlug sie. Er bekam wieder Anfälle. Man sagte: „Was ist das für eine Kanaille! Das ist die Schlechtigkeit, die aus seinem Körper dringt." Die Mutter kam auf die Straße gelaufen und rief: „He, Vater Perdrix!" Er verstand. Der Bursche wand sich, Schaum vor dem Mund, wälzte sich hin und her und stieß mit dem Kopf gegen die Möbel, als wenn dieser ein Pflasterstein wäre. Er hätte sich umgebracht. Nach wenigen Augenblicken hatte der Vater Perdrix seinen ganzen Leib umfaßt und sagte: „ So, du Schuft, jetzt wird man dich schon festhalten!" Die Mutter Mathiaud dankte ihm: „Ach, Vater Perdrix, nur Sie könnte ich um diesen Dienst bitten." Und der Bengel von Mathiaud setzte sich endlich erschöpft hin, bis auf das Aeußerste ermüdet, und er sah soseltsam aus, daß man den Eindruck gewann, als blicke er nach innen.

Er lebte in der niederen Sphäre der Armen, in dem Staube, der aus dem Kehricht hervorstieg und der sich um seine Stirn lagerte. Es gab Dienste, die man nur ihm zumutete. Sein Hut, den er bis über die Ohren zog, sein verschossener Kittel und seine derben Holzschuhe ließen ihn, gleich einem schmierigen Lappen, den man noch beim Abspülen braucht, zu allem verwendbar erscheinen. In vielen Häusern hatte man keine Grube für den Abtritt gegraben, oft bestand dieser nur aus einem Brett und einem Kübel. War der nun voll, so mußte man ihn an seinen beiden Henkeln anpacken, damit über den Hof und durch das Haus gehen, ihn auf einen Schubkarren stellen, ihn fortrollen und irgendwo außerhalb der Stadt in einem Gemüsegarten entleeren. Das war recht schwer, die Frau konnte nicht den andern Henkel nehmen, weil sie sich sonst Schaden getan hätte. So suchte man denn nach einem Mann, und da kam ja nur der Vater Perdrix in Betracht. Uebrigens war er sehr stark und schien drei Viertel von dem Kübel allein zu tragen. Hinterher bot man ihm ein Glas Wein an. Er zierte sich wie ein armer Teufel, der Furcht hat, für einen Sauf- und Freßsack gehalten zu werden.

*

Er arbeitete indes. Da waren mehrere, Junge und Alte, die sich um diesen Verdienst wie um Brotkrumen rissen, die mit der Hacke gruben, mit der Schaufel kratzten und für fünfundzwanzig Sous Tagelohn ihre Holzschuhe abnutzten. Sie arbeiteten als Tagelöhner. Früher, als die Welt noch nicht so dumm war, einigte man sich, um zu leben, man verdiente dreißig Sous, man sah sein Stück Brot immer größer werden, man hatte die Fäuste voll wie ein Kind, das dareinbeißt. Aber die Preisverderber hatten sich mit der Schwachsinnigkeit von Bettlern vorgedrängt, waren den Wünschen entgegengekommen, und, indem sie sich für fünfundzwanzig Sous anboten, wollten sie die ganze Arbeit an sich reißen, ihre Kameraden wegbeißen. Sie hatten nicht einmal einen Nutzen davon, denn alle anderen mußten ihnen folgen, der Lohn sank, denn wenig ist doch besser als nichts, und der Beruf eines Tagelöhners wurde ein Gewerbe, das fünfundzwanzig Sous den Tag einbrachte.

Des Morgens ging er hinunter, man hörte ihn hinuntergehen. Von seinen derben Holzschuhen hallten die Steine der Straße wie Mauern wieder. Uebrigens behinderte er sich selbst unaufhörlich beim Gehen, und er machte langsame, große Schritte, die wie aus einer hohlen Kugel klangen; er war wie ein Armer, der sich geräuschvoll abmüht und den Reichen Trotz zu bieten scheint. Er ging bis zu vier Kilometern, noch weiter, bis zu der Grenze der Gemeinde, nach den Feldwegen, wo die Tagelöhner die gelbe Erde der Felder, durch die man die Chausseen zieht, aufhaden und umschaufeln. In seiner Tasche trug er Käse und Brot mit sich, Aepfel und Nüsse, je nach der Jahreszeit, und das ganze Elend der Bettler, die denken: „Kreuzdonnerwetter, wenn ich doch etwas Fleisch hätte! . . . Fleisch nährt Fleisch!"

So fand sich auf dem Arbeitsplatz eine ganze Schar zusammen, Junge und Alte; sie trugen baumwollene Westen zu dreißig Sous, die geflickt waren und aus denen das Elend starrte. Mit verwilderten Bärten, plump, schlecht genährt, schritten sie in ihren schäbigen Sachen daher. Im großen und ganzen machten sie sich nichts daraus und taten ihre Arbeit, um ihre fünfundzwanzig Sous zu verdienen. Der Gemeinde-Chausseewärter, der sie überwachte, machte sich gleichfalls nichts daraus und schwatzte mit ihnen; dieser Sechzigjährige dachte von morgens bis abends nur an seine dreißigjährige Frau und schlug in Erwartung der ihm winkenden Schäferstunden die Zeit tot. Sie setzten den Fuß auf die Schaufel, stützten sich mit dem Ellenbogen auf den Stiel und sagten untereinander: „Der hat eine hübsche Frau! Teufel auch, sie läßt ihm nur die Haut auf den Knochen. Ha, ha, ha, ha, ha!" Um mittag zündeten sie ein Reisigfeuer an, setzten sich darum und holten ihr Essen hervor. Sie kannten sämtliche Brunnen auf den Wiesen. Sie holten Wasser in einem Kruge, der in der Runde herumging, und immer war einer da, der sagte: „Bei alledem trink ich doch den roten lieber als den weißen!"

(Fortsetzung folgt.)

Gefangene

Von Josef Lengyel.

Viele Felder grünen, Pfade weithin führen, freie Bäche silbrig gleiten,
Schnee herweht, Schnee vergeht, und die Gefangenen bleiben an einem Ort.
Die Gefangenen bleiben an einem Ort, ihre Augen schmücken mit Blumen die Felder,
rufen Tausende Pilger auf den Pfad, rufen unter weißen Schnee grüne Saat.
Rufen unter weißen Schnee grüne Saat, doch unter weißem Schnee Hoffnungen erfrieren,
mählich alle Sehnsüchte erlahmen, und fernerufende Augen fast erblinden.
Fernerufende Augen fast erblinden, traurig dieser und jener wird,
manchmal singen sie, fluchen oft, meiden selbst einander, begehren Frauen.
Meiden selbst einander, begehren Frauen, starren aus hohem Kerker in weite Fernen;
Knospen verdorren und grünen ewig, neues Blut, neue Bäche schwellt,
Neue Hoffnungen der Gefangenen Augen füllt: viele Felder grünen ....
Viele Felder grünen, Pfade weithin führen, freie Bäche silbrig gleiten,
Schnee herweht, Schnee vergeht, und die Gefangenen bleiben ewig an einem Ort.

(Aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.)

Proletarier und Richter

Aus der Erzählung „Proletarier" von Franz Jung.*)

Der Gefangene bebte in dem großen Hause, in dem noch Tausende von Gefangenen bebten. Ein hohler Schall rohrte von Galerie zu Galerie, dann schlossen die Schlüssel, und es trat jemand ein, oben oder unten oder nebenan, es war so gleich hohl, oder jemand ging los. Und es blieb noch eine Wolke von Schall zurück, die auf- und niederschwebte und niemals bersten wollte. Dann kamen Tritte und gingen, blieben immer gleich weit, und bald werden oben und unten und zu allen Seiten diese Tritte sein. Und niemals ist es ganz still. Es mochten wohl Wanderer sein, Leute, die unruhig sind, hin- und hergehen, sich bald scharf auf dem Absatz drehen, mit der Faust manchmal leicht an die Wand schlagen, sehen, ob die Faust noch hält und wie in Erinnerung anfangen vor sich her leise zu pfeifen, eigentlich nicht pfeifen, vielmehr zischen.

Diesem Gefangenen steigt das Blut hoch, daß er denkt, der Kopf platzt. Stand da einer vor ihm, das strohgelbe Haar gescheitelt, vornübergebeugt, die Hände in den Taschen, ein Gesicht käsig mit wulstigen Lippen und kalten grauen Augen, die Stimme schnarrt und quetscht spitz und belfert gegen ihn in einem Hochmut, der das Blut erstarren macht. Ganz atemlos steht man da, denkt der. Die Brust eingefallen, daß die Schultern hängen, Arme und Hände schlenkern verlegen, bis man sie hält, und die Füße wollen scharren und ausschwingen und man möchte auf den Strohkerl da vorn los und zuschlagen. So standen sie, denkt er sich einmal in der Erinnerung, und es ist ihm heiß. ...

Das war eine Stimme, die er kannte und die sehr viele so gesprochen hatten, und es stand ihm jetzt klar in der Erinnerung, daß er sich schon damals beunruhigt und gestört gefühlt, aber nicht weiter darauf geachtet hatte. Für eine Zeitlang und hauptsächlich vertretungsweise war er mal Kneipdiener gewesen bei einer Studentenverbindung in der Stadt. Fax, wie sie ihn damals nannten. Fax war das Studentenleben sehr ungewohnt, er verstand vieles nicht und daß vor allem die jungen Herren so viel Zeit, so viel Langeweile und so viel Geld hatten. Aber das mag alles seinen Grund gehabt haben, reiche Leute brauchen eben nicht arbeiten und haben keine Sorgen, aber der Ton, in dem diese Jungens, muß man doch eigentlich sagen, Jungens so von der Welt und von dem, was sie trieben, sprachen, dieser Tonfall, diese schnarrige aufgebläht-hohlige Stimme, meistens fistelnd, hatte ihm schon damals nicht gefallen. Er war nicht gern drin im Zimmer bei den Herren, erinnerte er sich und die Art, wie sie ihn riefen, war alles andere als achtungsvoll, so freundlich sie auch tun mochten. Das war so eine Stimme wie dieses Blonden da vor ihm, dieses krähenden Burschen, der sich weiß Gott was vorkam. Jetzt sah er ihn erst richtig an. Kaum recht ausgewachsen und schmalbrüstig und spitz. Der abgeflachte Schädel sollte wohl vornehm sein, hatte er gehört. Die Reichen haben ja meistens lange Schädel, bis auf die zu schnell Reichgewordenen, die dafür sehr dick sind — aber der da, der war richtig dumm und verbohrt. Ich möchte die Frau sehen, die mit dem geht, dachte er, pfui Spinne! Wenn der arbeitet, ob der schwitzt? Der mag schön stinken — und solche Gedanken drängten sich ihm auf. Wenn sich die Bengels auf den Stühlen und Bänken lümmelten und sich erzählten, jetzt erinnerte er sich deutlicher, das hatte ihn schon immer gewurmt. In einer Sprache, die kein vernünftiger Mensch sprach, so waren diese Ausdrücke. Sie hatten's ja dazu. Sie sahen das Leben in einem sehr merkwürdigen Lichte. Sie griffen nur immer zu. Da hatten sie Weiber und Damen. Einmal ging's toll zu, roh mußte man schon sagen, da sind die Jungens von der Straße tausendmal besser mit den Mädels, die sie sich von unten geholt hatten, — und dann mußten sie sich wieder vor Scharwänzeln und Bücklingen nicht zu lassen. Aber dieser Tonfall in der Stimme war immer derselbe: quäk, quäk, quäk und das gleiche Affengesicht. So war's auch, wenn sie übereinander zu Gericht saßen. Erst mußte er denken, sie machen eine Komödie vor, aber es war Ernst: sie schmissen damals welche raus, die nicht mehr mitmachen wollten, denen wurden auch solche Reden gehalten, ganz mit dieser Stimme da — jetzt erinnerte er sich immer mehr. Wie er hin- und hergelaufen ist mit den Bierkrügen. Er konnte nicht so schnell einschenken, wie sie tranken. Und wie aufgebläht, nicht bloß der Bauch vom Bier, wenn sie besoffen nach Hause torkelten. Derart Besoffene hatte er überhaupt nirgendwo mehr gesehen. Es war jetzt ganz heiß geworden drin im Zimmer bei dem jungen Amtsrichter. Die Bierkrüge hätte er nehmen sollen und sie denen auf den Schädel schlagen. Das war es: die waren so, weil sie sich vorbereiten mußten, so einer zu werden. Mitleidig könnte man werden, wie der Mensch wieder zum Tier wird. Damals hätte er es begreifen sollen, zehn Jahre jünger und immer die Steinkrüge auf die flachen, hohlen Schädel, bis die Stimme nicht mehr quetscht. Und er hatte jetzt noch das Gefühl — wenn er kräftiger wäre — er würde den Kerl nehmen und schütteln und hinschmeißen und ihm die Därme aus dem Bauch trampeln. Ein Esel ist man, dachte er noch, dann wurde er abgeführt. Er brummte vor sich hin, was soll ich denn dort, da kann ich auch nichts tun. Das ist ja ein Kasten, ein richtiger Käfig, seltsam — so trottete er hinter dem Schließer her, wieder ruhiger geworden.

*) Malik-Verlag, Berlin.

Massenheldentum.

Von Peter Kropotkin.

Die Wahrheit aber ist, daß — um nur von dem zu sprechen, was ich aus persönlicher Kenntnis weiß, wenn ich in den letzten 24 Jahren ein Tagebuch geführt und darin all die Hingebung und Aufopferung gebucht hätte, die ich in der sozialistischen Bewegung erlebt habe, der Leser eines solchen Tagebuches das Wort „Heroismus" fortwährend auf den Lippen hätte. Aber die Männer, von denen ich gesprochen hätte, waren keine Helden; es waren Durchschnittsmenschen, die von einer großen Idee entflammt waren. Jede sozialistische Zeitung — und es gibt Hunderte in Europa allein — hat dieselbe Geschichte von jahrelanger Aufopferung ohne Hoffnung auf Entschädigung und in der überwältigenden Mehrheit sogar ohne persönlichen Ehrgeiz. Ich habe Familien gesehen, die nicht wußten, wovon sie morgen leben sollten, der Mann in der ganzen kleinen Stadt wegen seiner Mitarbeit an der Zeitung boykottiert und die Frau erhielt die Familie durch Nähen; und diese Situation dauerte jahrelang, bis die Familie sich ohne ein Wort des Vorwurfs zurückzog, etwa mit den Worten: „Macht ihr weiter, wir können nicht mehr." Ich habe Männer gesehen, die die Schwindsucht hatten und es wußten, und sich doch in Schnee und Nebel herumtrieben, um Versammlungen vorzubereiten, die ein paar Wochen vor ihrem Tode noch in Versammlungen sprachen und erst dann ins Spital gingen, etwa mit den Worten: „Freunde, mit mir ist's aus: die Aerzte sagen, ich habe nur noch ein paar Wochen zu leben. Sagt den Genossen, ich werde mich freuen, wenn sie mich besuchen kommen." Ich habe Tatsachen gesehen, wo man von „Idealisierung" sprechen würde, wenn ich an dieser Stelle davon berichten wollte. Und selbst die Namen dieser Männer, die jenseits eines engen Freundeskreises kaum bekannt sind, werden bald vergessen sein, wenn auch die Freunde nicht mehr am Leben sind. In der Tat weiß ich selbst nicht, was am meisten zu bewundern ist, die unbegrenzte Hingebung dieser wenigen oder die Gesamtsumme kleiner Akte der Hingebung der großen Masse. Jeder verkaufte Stoß Zeitungen, jede Versammlung, jede hundert Stimmen, die bei einer sozialistischen Wahl gewonnen werden, stellen eine Menge Energie und Opfer dar, von denen kein Außenstehender die geringste Vorstellung hat.

Ludwig Thoma: Magdalena

Stadttheater Halle.

Es ist bisweilen angenehm, keinen Vater zu besitzen. Besonders für eine Magdalena. Hebbel läßt sie in den Brunnen fallen. Thoma jagt ihr ein Messer durch die Kehle. Alles wegen dem Vater. Arme Magdalenen! Beide haben kranke Mütter, die zu früh sterben.

Der gravierende Unterschied zwischen Hebbel und Thoma ist aber der: Hebbel weist auf das Unsinnige der männlichen Einstellung hin. Thoma schweigt sich vorsichtig aus. Er schont das hochentwickelte „Ehrgefühl" seiner Bauern. Hebbel stattet seine Magdalena mit viel Feinheit und Klugheit aus. Thoma stellt uns eine Halbidiotin vor. Hebbel rührt an Konflikte, die von Ewigkeit zu Ewigkeit reichen. Zwischen Mann und Weib stehen können, auch wenn die alten Gesetzestafeln längst zerbrochen sind. Thoma bewegt sich hilflos im Bannkreis bäuerlicher Engstirnigkeit. Nicht einmal hüpft ein vernünftiges Wort von ewiger Gültigkeit heraus. Das deutet auf eigene Beschränktheit, die mit der Stoffbeschränkung konkurrieren kann.

Man hätte das Gedächtnis Ludwig Thomas auch besser ehren können als durch die Aufführung gerade dieses Stückes. Es rückt die geistige Begrenztheit des bayrischen Heimatdichters in allzu deutlich wahrnehmbare Nähe. Zeigt, wie stark sein Können an Ort und Zeit gebunden ist. Und daß er lediglich das Leben abbildet, ohne den Menschen emporbilden zu wollen. Ein geschickter Handwerker! Kein Dichter! Das tritt am schärfsten da hervor, wo keinerlei Komik an unseren Sinn für Humor appelliert. Wir bleiben seelisch völlig unbeteiligt am Schicksal seiner Magdalena. Spüren höchstens leise Regungen von Ungeduld ob eines Zuviels an primitiver Sentimentalität und Brutalität. Von echter Tragik findet sich nirgends eine Spur.

Die Aufführung litt an der mangelhaften Beherrschung des bayrischen Dialekts durch die Schauspieler. Sonst aber kann man zufrieden sein. Mitunter hatte ich den Eindruck, als ließen verschiedene Rolleninhaber etwas Selbstpersiflage durchscheinen. Hat diese wirklich vorgelegen, so wäre damit bewiesen, daß die Spieler meine Auffassung des Stückes teilen und es ganz einfach „dumm" finden, tragisch auf keinen Fall.

H. Leid.

Der Nobelpreisträger — ein kommunistischer Schriftsteller!

Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat dem Professor an der Universität Berlin, Dr. Walter Nernst, den Nobelpreis 1921 für Chemie zuerteilt.

Die schwedische Akademie hat am 10. November beschlossen, Anatole France den diesjährigen Nobelpreis für Literatur zu verleihen. Wie bekannt, gehört France mit dem Romanschriftsteller Henri Barbusse und dem Professor Frossard zu den Führern der Kommunistischen Partei Frankreichs. Aus seinen Romanen haben gewiß manche Genossen viel Erhabenes und Großes geschöpft. France hat in seinen Schriften, welche zu den glänzendsten Werken der modernen Weltliteratur gehören, schon vor Jahrzehnten den sozialistischen Gedanken verkündet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211114-13/fragment/page=0006